Palästina Journal

Ausgabe 25 · November 2026
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Das Ende der Besatzung ist der Schlüssel zum Frieden.

Wünsche // Seite 3
Palästina-Chronik // Seite 9
Gründer // Seite 15
Aktive // Seite 29



DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHE GESELLSCHAFT
الجمعية الألمانية الفلسطينية

40 Jahre

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeberin
Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W.
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de

Redaktion
Anton-Günther Janßen (Cottbus]
Ursula Mindermann (Telgte)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Wiltrud Rösch-Metzler /röm (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin
Ribhi Yousef (Duisburg)

Redaktionsanschrift
redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck
Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Erscheinungsweise
Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2026 einmal.

Preis
Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo
Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden
Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODED1SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild
Jerusalem
Felsendom (arabisch قبة الصخرة Qubbat as-Sachra) und Ölberg (arabisch جبل الزيتون Dschabal az-Zaitūn)
FOTO // WILTRUD RÖSCH-METZLER

Editorial

40 Jahre Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

Vierzig Jahre sind ein Anlass, auf das Erreichte zurückzublicken und zugleich den Blick nach vorn zu richten. Als die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft 1986 gegründet wurde, verfolgte sie ein klares Ziel: über Palästina zu informieren, den Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Überzeugung zu fördern und sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts einzusetzen.

In den vergangenen vier Jahrzehnten haben sich die politischen Rahmenbedingungen immer wieder verändert. Zeiten der Hoffnung wurden von neuen Krisen abgelöst. Friedensinitiativen standen Phasen wachsender Gewalt gegenüber. Unverändert geblieben ist jedoch das Anliegen unserer Gesellschaft, Verständnis zu fördern, Brücken zu bauen und den Dialog auch dort aufrechtzuerhalten, wo er besonders schwierig geworden ist.

Unser Jubiläum fällt in eine der schwierigsten Zeiten der palästinensischen Geschichte. Die Ereignisse seit dem 7. Oktober 2023 und ihre Folgen haben unermessliches Leid über Menschen in Palästina, besonders im Gazastreifen, gebracht und zugleich die öffentliche Debatte in Deutschland verschärft. Umso wichtiger bleibt es, den Blick auf die Menschen zu richten und an den Grundsätzen festzuhalten, die unsere Arbeit seit vier Jahrzehnten leiten: Menschenwürde, Menschenrechte, Selbstbestimmungsrecht, Völkerrecht und die Überzeugung, dass ein gerechter und dauerhafter Frieden durch die Beendigung der Besatzung möglich ist. Unsere persönlichen Verbindungen nach Palästina sind für viele Antrieb zur Weiterarbeit, und ich danke meinem Schulfreund und Künstler Sliman Mansour von Herzen, dass er uns kurz vor seinem Tod für diese Jubiläumsbroschüre, Bilder, die unter seiner Anleitung von Kindern in Gaza gemalt wurden, zur Verfügung gestellt hat.

Diese Festschrift ist zugleich ein Dank an die Gründerinnen und Gründer und an alle, die die Arbeit unserer Gesellschaft getragen und begleitet haben. Ihr ehrenamtliches Engagement, ihre Ausdauer und ihre Bereitschaft zum Gespräch haben die Gesellschaft geprägt und ihr Gesicht gegeben.

Auch ich durfte einen Teil dieses Weges mitgestalten. Diese Aufgabe habe ich stets als Verpflichtung verstanden – gegenüber unseren Mitgliedern und vor allem gegenüber dem Ziel, Verständigung dort zu fördern, wo Gräben zu überwinden sind. Herzlich danke ich allen Weggefährtinnen, die der DPG gute Wünsche zum Jubiläum geschickt haben sowie den Ehemaligen, die sich darauf eingelassen haben, auf ihre jeweilige Vorstandszeit zurückzublicken.

Möge das 40-jährige Jubiläum die Mitglieder der Deutsch-Palästinensische Gesellschaft ermutigen, ihren Weg mit Zuversicht, Offenheit und Verantwortung fortzusetzen.

NAZIH MUSHARBASH
Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e. V.



WÜNSCHE VON WEGGEFÄHRTEN



Was ich der DPG wünsche …



FOTO // BOTSCHAFT

„Zum ersten Mal kam ich mit der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft Mitte der 90er Jahre in Kontakt. Sie hatte mich nach der Unterzeichnung der Osloer Verträge zu einer Vortragsreise eingeladen. Vertieft hat sich unsere Beziehung während meiner Zeit als palästinensischer Botschafter (2010-2013) in Berlin.

Was die DPG meiner Meinung nach auszeichnet, ist, dass sie sich nie in palästinensische innerpolitische Diskussionen eingemischt hat, sondern stets für die Rechte des palästinensischen Volkes – basierend auf Völkerrecht und UN-Resolutionen – eingetreten ist. Insbesondere in den letzten zweieinhalb Jahren, während des Genozids in Gaza und den ethnischen Säuberungen in Ostjerusalem und im Westjordanland, hat sie sich als eine der wichtigsten Organisationen im deutschsprachigen Raum hervorgetan, wie beispielsweise in der Organisation von Großdemonstrationen und Tagungen und in der stets verlässlichen Weitergabe von Informationen via Print und Social Media.

Ihr Eintreten für Palästina, für einen gerechten Frieden, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gibt mir Hoffnung. Ich danke allen Mitgliedern der DPG für ihre Standhaftigkeit, ihren Mut sowie ihren Willen, auch unter politisch widrigen Bedingungen weiterzumachen und ich wünsche der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft weitere erfolgreiche 40 Jahre."

SALAH ABDEL SHAFI,
Palästinensischer Botschafter in Wien

FOTO // URSULA MINDERMANN

Jericho



FOTO //
DAS BLAUE SOFA/
CLUB BERTELSMANN

„Zum 40-jährigen Bestehen der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft gratuliere ich herzlich. Eure Arbeit habe ich sehr früh als wertvoll und erforderlich angesehen, euch positiv begleitet und mit der DPG sehr gut zusammengearbeitet. Ich wünsche der DPG trotz der immer wieder schlimmer gewordenen Umstände in und um Palästina gute Nerven, Ausdauer und viel Erfolg. 40 Jahre harte Arbeit für Frieden und Selbstbestimmungsrecht eines unterdrückten Volkes verpflichtet zu weiteren Aktivitäten zur Beendigung der israelischen Besatzung als Grundvoraussetzung für einen gerechten Frieden."

ABDALLAH FRANGI,
ehemaliger Botschafter Palästinas in Deutschland

„Ich gratuliere der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft zu ihrem 40-jährigen Bestehen. Der Verein ist ein wichtiger Ansprechpartner für die Belange der palästinensischen Zivilgesellschaft

FOTO //
STELLA VON SALDERN



und setzt sich gleichzeitig für eine friedliche Lösung im Nahen Osten ein. Trotz so mancher rauer Gegenwinde streben sie immer einen konstruktiven Dialog an. Danke für die wichtige Arbeit!"

AYDAN ÖZOĞUZ,
Bundestagsabgeordnete

Was ich der DPG wünsche …



FOTO // FOTO-AG GYMNASIUM MELLE / CC BY-SA 3.0

„Der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft wünsche ich für die Zukunft, dass sie zu folgender Perspektive einen Beitrag leisten kann, wie ich es als Präsident des Europäischen Parlaments am 30. Mai 2007 vor der Knesset in Jerusalem erklärt habe: ‚Es gibt für mich keinen besseren Prozess als eine gemeinsame Konferenz…, um über Frieden und Sicherheit, über die Zukunft der Entwicklung und über das friedliche Nebeneinander von Israel und einem palästinensischen Staat, in gesicherten Grenzen, ohne Gewalt und in guter Nachbarschaft zu verhandeln'."

HANS GERT PÖTTERING,
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.



FOTO // ALBIN HILLERT / WCC

„Ich wünsche der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft zum 40. Geburtstag viele Partnerinnen und Partner auf unserem gemeinsamen Weg zu einem guten und respektvollen Zusammenleben hier in Deutschland. Und ich wünsche ihr und uns allen, dass sich in Israel und Palästina endlich Türen zu einem friedlichen Zusammenleben öffnen, in dem die Besatzung ein Ende hat, Israelis und Palästinenser Mauern überwinden, indem sie neben dem eigenen Leid auch das Leid der anderen sehen, und so irgendwann vielleicht sogar Freunde werden können."

HEINRICH BEDFORD-STROHM,
Vorsitzender des Weltkirchenrats



FOTO // DAR AL-KALIMA

„Ich wünsche der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft weitere 40 erfolgreiche Jahre. Möge sie auch künftig Räume eröffnen, in denen palästinensische Stimmen Gehör finden, historische Zusammenhänge kritisch reflektiert und Menschenrechte konsequent verteidigt werden. Gerade in der heutigen deutschen Gesellschaft ist diese Aufgabe wichtiger denn je, um zu einer gerechteren und friedlicheren Zukunft beizutragen."

MITRI RAHEB,
Direktor von Dar al Kalima

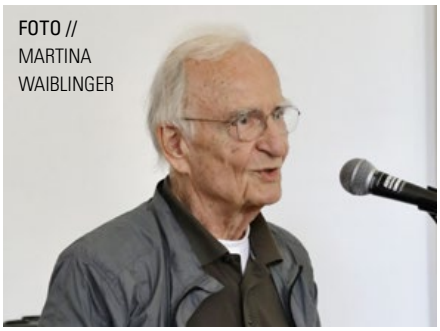


FOTO // MARTINA WAIBLINGER

„Wer in der nun fast 80 Jahre andauernden Auseinandersetzung zwischen dem palästinensischen und jüdischen Volk, die sich in den letzten zwei Jahren in einen Völkermord steigerte, Orientierung und einen Ort der Freundschaft und Solidarität mit dem palästinensischen Volk sucht, findet ihn in der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft. Es sind in diesen letzten Jahren eine Vielzahl örtlicher und überregionaler Initiativen entstanden, die mit vielfältigen Aktivitäten und Protesten gegen Krieg und Völkermord für das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung und die Forderung nach Freiheit von der israelischen Besatzung und für ein souveränes Palästina kämpfen. So wichtig sie sind, die DPG ist für mich der Ort, wo ich die jahrzehntelange Geschichte, das Engagement und die tiefe Verbundenheit mit dem Schicksal des palästinensischen Volkes finde. Ich bin mir sicher, dass diese Verbundenheit und das Engagement auch dann andauern werden, wenn einmal die Besatzung endet und ein palästinensischer Staat entsteht. Das ist unser aller Ziel, dafür hat die DPG seit Jahrzehnten gekämpft und dafür ist sie auch in Zukunft so wichtig."

NORMAN PAECH,
Völkerrechtler und Publizist

„Der Völkermord in Gaza geht ununterbrochen weiter, auch unter einem angeblichen Waffenstillstand. Die ethnische Säuberung, tagtäglich mit mehr Gewalt durchgeführt, hat Ostjerusalem und die Westbank überzogen. Die offizielle deutsche Politik schert das wenig. Ganz im Gegenteil: sie unterstützt den Völkermord finanziell, politisch und vor allem mit Waffen. Wir brauchen deshalb die Arbeit der DPG – heute mehr als je zuvor. Aus Jerusalem senden wir unsere Glückwünsche verbunden mit der Hoffnung, dass Ihr noch lange Jahre weitermacht."



FOTO // STEFAN RÖHL CC BY-SA 2.0

HELGA BAUMGARTEN,
Autorin und Politikprofessorin i.R.

„Rückblickend auf 40 Jahre der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, möchte ich allen Mitgliedern und Unterstützern der schweren Arbeit danken. Besonderen Dank gilt den deutschen Freunden, die sich einsetzen für Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Frieden für alle Menschen in Palästina und Israel. Das bereichert und ermutigt zum Dranbleiben.

Das besondere an der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft ist, dass jede Person mitmachen kann, egal welcher ethnischen, religiösen oder politischen Orientierung. Wichtig ist, dass die junge Generation, Palästinenser, die deutsche Staatsbürger sind, involviert werden in gesellschaftspolitische Fragen und in Parteien und Gewerkschaft aktiv werden. Ihre Qualifikation und Bildung sollen sie für das Gute für Deutschland und Palästina einsetzen und Freiheit, Sicherheit und Frieden für Alle gleicherweise anstreben. Wir wollen glauben und hoffen."

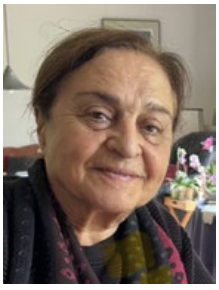
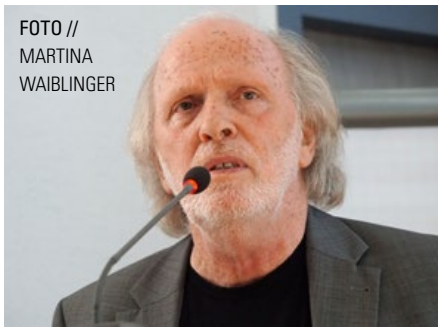


FOTO // NAZIH MUSHARBASH

SUMAYA FARHAT NASER,
Friedensaktivistin


FOTO // MARTINA WAIBLINGER

„Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft wird 40 Jahre alt. Was ich ihr für die Zukunft wünsche? Dass sie baldmöglichst ein anderes Ereignis feiern darf – das der Gründung eines palästinensischen Staates, mit dem Israel in Frieden lebt. Einen Staat, den auch Deutschland trotz aller historischen Umstände, die es bislang daran gehindert haben, endlich feiern könnte."

MOSHE ZUCKERMANN,
Soziologe und Autor


FOTO // CHRISTOPH BOECKHELER

„Seit Jahrzehnten setzt sich die DPG für einen gerechten Ausgleich in der Region ein. Natürlich zählt dazu die Achtung grundlegender Rechte der Palästinenser*innen, die seit so langer Zeit und insbesondere wieder in den letzten Jahren so eklatant verletzt werden. Zunehmend geraten auch in Deutschland Grundrechte ins Visier, wenn es um Palästina geht. Deshalb gratuliere ich der DPG nicht nur zu ihrem 40-jährigen Bestehen, sondern hoffe auch inständig darauf, dass die Verantwortlichen hier in Deutschland endlich aufhören, Menschenrechte und Völkerrecht nach doppelten Standards anzuwenden und den Forderungen der DPG mehr Gehör schenken."

TSAFRIR COHEN,
Geschäftsführer von medico international


FOTO // AMREI-MARIE, CC BY-SA 4.0

„Ich hoffe, dass die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft zu ihrem 50. Geburtstag eine Zweigstelle in einem unabhängigen Staat Palästina eröffnen wird."

MICHAEL LÜDERS,
Nahostexperte


FOTO // ANETTE DAUGARDT

„Empathie für das palästinensische Ringen um Selbstbestimmung zu wecken, bleibt in Deutschland ein Kampf gegen viele Widerstände. Das liegt nicht zuletzt an einem falschen Verständnis von historischer Verantwortung. Verpflichtungen aus der Shoah müssen im Einklang mit dem Völkerrecht stehen, auch gegenüber Israel. Und wer die Shoah benutzt, um anderes Leid zu degradieren, hat ihre wichtigste Lehre nicht verstanden. Ich wünsche der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (und mir), dass diese schlichte Wahrheit von mehr und mehr Menschen in Deutschland begriffen wird."

CHARLOTTE WIEDEMANN,
Journalistin

FOTO // PRIVAT



„Der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft gratuliere ich zum 40jährigen Jubiläum. Mit ihrer informationsorientierten Tätigkeit – mit dem Palästina Journal, der jährlichen Studientagung und insgesamt mit einer Reihe von Vorträgen und Newslettern – klärt uns die DPG über den stets aktuellen Krisenherd nicht nur auf. Damit leistet sie auch einen wichtigen Widerstand zur äußerst defizitären, da allzu sehr Israel-orientierten Berichterstattung der deutschen Mainstream-Medien. Dies gereicht ihr zur Ehre, denn gerade in unseren Vernichtungskriegszeiten sind Aufklärung und Entgegensetzen unabdingbar für den so ersehnten Frieden für beide Völker im Heiligen Land."

TAMAR AMAR-DAHL,
israelisch-deutsche Historikerin


FOTO // PRIVAT

„Das Leid in Palästina hat in den letzten 40 Jahren nicht abgenommen – im Gegenteil, es hat jedes zuvor gekannte Maß überschritten. Der Begriff „deutsch-palästinensisch" ist problematischer denn je, hat Deutschland doch am Genozid in Gaza mitgewirkt, während die Bevölkerung dies größtenteils hinnahm. Die DPG muss in diesem Umfeld arbeiten und mit dem moralischen Versagen der Gesellschaft zurechtkommen. Dafür wünsche ich ihr vor allem Kraft und Entschlossenheit im gemeinsamen Kampf.

WIELAND HOBAN,
Komponist und Vorsitzender der jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost

Was ich der DPG wünsche …


FOTO // PALMYRA VERLAG

„In der deutschen Öffentlichkeit gibt es viel Unwissen über die Entrechtung, Unterdrückung und Vertreibung, der die PalästinenserInnen seit der Gründung Israels 1948 ausgesetzt sind. Seit dem genozidalen Gazakrieg hat sich das Leben im besetzten Westjordanland durch Israels schleichende Annexion zudem dramatisch verschlimmert. Auf Grund dessen ist die Arbeit der DPG enorm wichtig. Mit den Rundbriefen, dem wichtigen von ihr herausgegebenen Palästina Journal und den Veranstaltungen der Regionalgruppen leistet sie einen bedeutenden Informationsbeitrag für ein besseres und nicht so einseitiges Bild zur Palästinafrage. Daher ist nur zu wünschen, dass sie auch künftig ihre Arbeit fortsetzen kann und ihr alle notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.
Nach dem Genozid in Gaza ist die DPG wichtiger denn je, gemäß einem ihrer Grundsätze: Das Ende der Besetzung ist der Schlüssel für den Frieden

GEORG STEIN,
Verleger Palmyra-Verlag

„Wir beglückwünschen Euch von ganzem Herzen zum beeindruckenden 40-jährigen Jubiläum der DPG! Ihr habt über viele Jahre insbesondere durch Eure regelmäßigen Palästina-Tagungen und durch die Herausgabe des Palästina Journals wesentlich dazu beigetragen, dass eine breite Öffentlichkeit über die politischen Hintergründe in Palästina/Israel informiert wurde. Damit habt Ihr unermüdlich und unerschrocken ein politisches Feld bearbeitet, das in Deutschland häufig verzerrt dargestellt wird und wo man Anfeindungen und Verunglimpfungen ausgesetzt ist. Macht weiter so!“


FOTO // PRIVAT

INGRID RUMPF,
Vorsitzende Flüchtlingskinder im Libanon e.V.


FOTO // PRIVAT

„Als „Doppelmitglied“ der DPG und des Deutsch-Palästinensischen Frauenvereins gratuliere ich der DPG doppelt herzlich zum 40jährigen Jubiläum! Die DPG hat sich als eine der wichtigsten Organisationen der Palästina-Solidaritätsbewegung in Deutschland etabliert und auch in schwierigsten Zeiten mutig und erfolgreich gearbeitet. Mit ihrer fundierten Öffentlichkeitsarbeit hat die DPG einen unschätzbaren Beitrag zu Information und Aufklärung geleistet und Impulse zu politischem Handeln gesetzt.
Ich habe sehr von der Arbeit der DPG profitiert. Mit Dankbarkeit denke ich zurück an die gemeinsamen Infostände bei Kirchentagen und an die fruchtbare Zusammenarbeit mit der Hamburger Regionalgruppe der DPG! Ich wünsche der DPG weiter Mut, Zuversicht und Sumud und den bestmöglichen Erfolg für ihre unverzichtbare Arbeit!“

KARIN STEINBRINKER,
stellv. Vorsitzende des
Deutsch-Palästinensischen Frauenvereins



PALÄSTINA CHRONIK 1987–2026

1987

- Die Erste Intifada (1987–1993), der palästinensische Volksaufstand im Gazastreifen, in Ostjerusalem und im Westjordanland gegen die israelische Besatzung, beginnt. Ende des Jahres gründet sich die Hamas aus der palästinensischen Muslimbruderschaft heraus.

1988

- Der Palästinensische Nationalrat ruft am 15. November in Algier den Staat Palästina aus. Die PLO erkennt die Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrats an und signalisiert ihre Bereitschaft zu einer politischen Verhandlungslösung.

1989

- Beit Sahour wird zu einem Symbol des gewaltfreien palästinensischen Widerstands. Die Bevölkerung weigert sich, Steuern an die israelische Militärverwaltung zu zahlen. Israel verhängt Ausgangssperren und beschlagnahmt z.B. Autos.

1991

- Im 2. Golfkrieg solidarisiert sich Arafat mit Saddam Hussein.
- Auf der Madrider Friedenskonferenz beginnen direkte Gespräche zwischen Israel und arabischen Staaten. Die Palästinenser sind als Teil der jordanischen Delegation dabei.

1993

- Unterzeichnung des Oslo-I-Abkommens (Prinzipienerklärung). Die PLO erkennt Israel an, Israel erkennt die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Der sogenannte Oslo-Friedensprozess beginnt.

1994

- Der jüdische Extremist Baruch Goldstein tötet in der Abraham-Moschee in Hebron 29 betende Muslime.
- Im Rahmen des Gaza-Jericho-Abkommens wird die Palästinensische Autonomiebehörde eingerichtet.
- Das Pariser Protokoll regelt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Israel und den Palästinensern.
- Jassir Arafat, Jitzchak Rabin und Schimon Peres erhalten den Friedensnobelpreis.

1995

- Das Oslo-II-Abkommen teilt das Westjordanland in die Gebiete in A (unter palästinensischer), B (unter palästinensisch-israelischer), und C-Gebiete (unter israelischer Kontrolle) auf.
- Der jüdische Extremist Jigal Amir ermordet den israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin.

1996

- Bei den ersten palästinensischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gewinnt die Fatah. Jassir Arafat wird zum Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde gewählt.

1997

- Im Hebron-Abkommen zwischen Israel und der PLO wird die Stadt in zwei Sektoren eingeteilt. Die westliche H1 Zone steht unter dem Schutz der Palästinensischen Autonomiebehörde. H2 wird der Siedlung Kirjat Arba zugerechnet mit israelischen Streitkräften.

2000

- Der Gipfel von Camp David scheitert. Der Oslo-Friedensprozess gerät endgültig in eine schwere Krise. Der damalige Oppositionsführer Ariel Scharon marschiert mit einer größeren Sicherheitsbegleitung auf den Tempelberg/Haram al-Scharif.
- Dies löst die Zweite Intifada (2000–2005) aus.

2002

- Die Arabische Friedensinitiative bietet Israel die vollständige Normalisierung der Beziehungen zu den arabischen Staaten an, wenn es sich aus den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten zurückzieht und einer vereinbarten Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge zustimmt.
- Israel beginnt mit dem Bau der Sperranlage im Westjordanland und startet die Militäroperation „Defensive Shield“, bei der die israelische Armee in palästinensische Städte einrückt.

2003

- Israel macht Jassir Arafat für die Zweite Intifada mitverantwortlich und schränkt seine Bewegungsfreiheit in seinem Amtssitz in Ramallah massiv ein. Unter internationalem Druck wird das Amt des palästinensischen Ministerpräsidenten geschaffen. Mahmoud Abbas wird zum ersten Ministerpräsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde ernannt.



2004

- Der Hamas-Gründer Scheich Ahmed Yassin und der Hamas-Führer Abdel Aziz al-Rantissi werden durch gezielte israelische Angriffe getötet.
- Der Internationale Gerichtshof (IGH) erklärt den Verlauf der Mauer, beziehungsweise Sperranlage, in den besetzten palästinensischen Gebieten und damit verbundene Maßnahmen für völkerrechtswidrig.
- Jassir Arafat stirbt.

2005

- Israel bringt seine Siedler und Soldaten aus dem Gazastreifen und zerstört die dortigen israelischen Siedlungsgebäude.

2006

- Die Hamas gewinnt die zweiten palästinensischen Parlamentswahlen. Die USA, die EU und weitere Staaten erkennen die von Hamas gebildete Regierung nicht an.



2007

- Die Hamas übernimmt gewaltsam die Kontrolle über den Gazastreifen. Im Westjordanland bleibt die Fatah-geführte Palästinensische Autonomiebehörde an der Macht. Israel und Ägypten verhängen eine totale Blockade über den Gazastreifen.

2008/ 2009

- Nach einer Eskalation mit Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen beginnt Israel die Militäroperation „Gegossenes Blei". Mehr als 1.400 Palästinenser und 13 Israelis werden getötet.
- Der von der UN eingesetzte Goldstone-Bericht untersucht mögliche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl israelische Streitkräfte als auch palästinensische bewaffnete Gruppen Handlungen begangen haben könnten, die als Kriegsverbrechen beziehungsweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bewerten seien.

2012

- Israel führt die Militäroperation „Wolkensäule" im Gazastreifen durch.
- Die UN-Generalversammlung erkennt Palästina den Status eines Nichtmitglied-Beobachterstaates zu.

2014

- Israel führt nach einer erneuten Eskalation die Militäroperation „Protective Edge“ im Gazastreifen durch..

2015

- Palästina wird Vertragsstaat des Römischen Statuts und tritt dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bei.

2016

- Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet Resolution 2334. Mit 14 Ja-Stimmen bei Enthaltung der USA erklärt der Sicherheitsrat, dass die israelischen Siedlungen in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten einschließlich Ostjerusalems keine rechtliche Gültigkeit besitzen, gegen das Völkerrecht verstoßen und ein wesentliches Hindernis für eine Zwei-Staaten-Lösung darstellen.

2017

- Die USA erkennen Jerusalem als Hauptstadt Israels an. Russland anerkennt Westjerusalem als Hauptstadt Israels und Ostjerusalem als Hauptstadt eines künftigen Staates Palästina.
- Die Hamas erklärt sich bereit, einen palästinensischen Staat auf den Grenzen von 1967 als Teil einer politischen Lösung zu akzeptieren, ohne Israel anzuerkennen.

2018

- Israel verabschiedet das Nationalstaatsgesetz , das Israel als jüdischen Staat definiert. Die in Israel lebenden Palästinenser, rund 20% der Bevölkerung, erfahren dies als eine rechtliche Ungleichbehandlung.
- Im Gazastreifen beginnen die Proteste des „Großen Marsches der Rückkehr“. Die israelische Armee schießt auf die Demonstranten. Es kommt zu zahlreichen Toten und Verletzten.

2019

- Der Deutsche Bundestag verabschiedet am 17. Mai die Entschließung „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“ (Drucksache 19/10191).

2020

- Israel schließt Normalisierungsabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain. Später folgen entsprechende Vereinbarungen mit Marokko und Sudan.

2021

- Nach einer erneuten Eskalation zwischen Israel und den palästinensischen Gruppen im Gazastreifen führt Israel die Militäroperation „Guardian of the Walls“ durch.

2022

- Die Gewalt im Westjordanland nimmt zu. Siedlerangriffe auf Palästinenser sowie israelische Militäroperationen und palästinensische Aktionen führen zu einer weiteren Verschärfung der Situation.

2023

- Am 7. Oktober greifen Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen Israel an. Dabei werden mehr als 1.200 Menschen getötet, darunter zahlreiche Zivilisten, und etwa 250 Menschen als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt.
- Israel beginnt daraufhin eine groß angelegte Militäroperation im Gazastreifen. Es kommt zu massiven Zerstörungen, einer humanitären Katastrophe und einer sehr hohen Zahl palästinensischer Todesopfer.
- Südafrika hat eine Genozid-Klage gegen Israel beim Internationalen Gerichtshof erhoben. Belgien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko, Spanien und die Türkei, haben sich der Klage angeschlossen.

2024

- Der Internationale Gerichtshof veröffentlicht sein Gutachten zu den rechtlichen Folgen von Israels Besatzungspolitik. Es wird in der Resolution ES-10/24 der UN-Generalversammlung aufgenommen. Diese fordert von Israel den Rückzug aus den besetzten Palästinensergebieten innerhalb eines Jahres.
- Der Internationale Strafgerichtshof erlässt Haftbefehle gegen Israels Premier Netanjahu, Verteidigungsminister Galant sowie gegen Hamas-Führer wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen.
- Israel verbietet das Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge (UNWRA).

2025

- Waffenstillstands- und Geiselverhandlungen führen zur Freilassung der israelischen Geiseln. Ein Teil der palästinensischen Gefangenen in israelischen Haftanstalten kommt ebenfalls frei.

2026



- Das UNRWA-Zentrum im von Israel völkerrechtswidrig annektierten Ostjerusalem wird von israelischen Behörden zerstört und abgebrannt.
- Über 73.000 Palästinenser sind seit dem 7. Oktober 2023 im Gazastreifen getötet worden.
- Die humanitäre Lage im Gazastreifen bleibt katastrophal. Ein Großteil der Menschen haust in Zelten.
- Israel besetzt über 60% des Gazastreifens und lässt Palästinenser nicht dorthin zurückkehren.
- Im Westjordanland geht der israelische Siedlungsbau verstärkt weiter.


GRÜNDERGENERATION

Begegnungen mit der Gründergeneration

Pater Paulus Engelhardt, Nicola Abu Khalil, Khalil Toama, Hakam Abdel-Hadi und Paul Löffler



Reiner Zimmer-Winkel, 1996



Hakam Abdelhadi, 1996

Blenden wir zurück in die Geschichte Westdeutschlands, der BRD, in die frühen 1980er Jahre. Eine Zeit geprägt von der unsäglichen geistig-moralischen Wende, vom Verrat der FDP, von der Friedensbewegung, Stichwort Bonner Hofgarten. Es ist aber auch eine Zeit, die in der Folge des US-amerikanischen Hollywood-Vierteilers „Holocaust" hierzulande einen bis dahin nicht gekannten Popularisierungsschub der Erinnerungsarbeit mit sich brachte. Ich habe in dieser Zeit, 1983, Abitur gemacht und dann Politik und Katholische Theologie studiert. Glückliche Umstände wollten es, daß ich Mitte der 1980er Jahre Referent für politische Bildung im AStA der Universität Trier wurde. Diese Funktion brachte mich in Kontakt mit dem Dominikaner Pater Paulus Engelhardt OP, Professor für Sozialethik an der Fachhochschule Münster. Seine wissenschaftlichen und spirituellen Arbeiten, den Widerspruch zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik zu durchbrechen, sollten für mich bei diesem Thema noch sehr wichtig werden.

Über P. Paulus Engagement bei der Deutschen Sektion der Internationalen Katholischen Friedensbewegung Pax Christi, kam ich in Berührung mit dem Nahen Osten. Aufgewachsen im ‚katholischen Rheinland' mit den letzten Ausläufern einer Volkskirche, war Jerusalem für mich zuerst mit Laurentius Klein OSB, dem Abt der Dormitio-Abtei in Jerusalem verbunden, zu Kirmes oder Fronleichnam kamen seinerzeit die Priester aus der Gemeinde meist noch einmal zurück in ihre Heimat, so auch P. Laurentius, der aus dem gleichen Ort stammte wie ich, Engers. Irgendwie klang etwas nach mit diesem Besuch aus dem ‚Heiligen Land', aber ganz abstrakt, wenig geerdet.

Erst die Chance, die sich mir durch eine neu entstandene Nahostkommission von Pax Christi auftat, änderte das. Im Frühjahr 1987, noch vor der Intifada I also, hatte ich Gelegenheit zum ersten Mal nach Tel Aviv zu fliegen, unvergeßliche vier Wochen, die einen Virus hinterließen, den ich nicht mehr losgeworden bin. Zwei Wochen Begegnung mit Friedensbewegung in (West-)Jerusalem oder Haifa, bleibende Bilder an Kamil Shehade vom dortigen *Haus Gnade,* oder Begegnung mit Shalom Ben Chorin, aber auch mit P. Bruno Hussar, dem Gründer und Initiator von Neve Shalom/Wahat-as-Salam. Die beiden anderen Wochen zuvor als Gast von Young Mapam, einer linkssozialistischen



Gruppe, die ich durch deren Besuch in Trier beim Geburtshaus von Karl Marx kennengelernt hatte und die mir ein längst nicht mehr existierendes ‚progressive Israel' gezeigt haben.

Zurück in Deutschland galt es zu verarbeiten, was wir gesehen hatten, erlebt hatten. Was bedeutete das politisch, wie damit umgehen, wenn wir auf dem Weg nach BirZeit plötzlich zurück nach Ramallah müssen, weil die Universität gesperrt worden war vom israelischen Militär, die dort gerade einen Studenten erschossen hatte und wir den Manara-Kreisel als Heerlager erlebten, eine kleine Gruppe deutscher Besucher:innen, die sich auf einem anderen Planeten wiederfand?

Und es war wieder P. Paulus, der hier eine entscheidend wichtige Verbindung schuf. Zur Sitzung der Nahostkommission nach Darmstadt lud er Nicola Abu Khalil ein, einen in Deutschland lebenden Palästinenser, der gerade zu den Gründern einer Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft gehörte. Abu Kahlil, seines Zeichens Christ, geboren in Jerusalem, gehörte zu einem Kreis von in Deutschland lebenden Arabern und Juden, wie auch nichtjüdischen Deutschen, dem sog. ‚Halterner Kreis', so benannt, weil sich die Gruppe in Abu Khalils Haus trafen. Dieser Kontakt brachte dann auch Verbindungen etwa zur jüdischen Gruppe in Frankfurt, zu Khalil Toama (Matzpen in Deutschland …), der dann auch Vorsitzender der DPG wurde, aber auch zu Hakam Abdel-Hadi, Journalist beim arabischen Dienst der Deutschen Welle und zu Paul Löffler, für mich persönlich die wichtigste Begegnung. Seinen Lebensweg an der Schnittstelle Deutschland, Israel, Palästina habe ich dann später in einem Gesprächsband unter dem bezeichnenden Titel *Spannungen leben!* dokumentieren dürfen (Berlin (AphorismA) 2006). (Ein Auszug daraus findet sich nach meinem Beitrag)

Nicola Abu Khalil war mit dem Auto nach Darmstadt gekommen, fast vierzig Jahre sind vergangen, ich erinnere mich nicht mehr an die Details der Gespräche in der Gruppe. Aber ich erinnere mich, daß er mir anbot, mich mit dem Auto zurück mitzunehmen und in Koblenz an den Bahnhof zu bringen, wo ich dann nach Trier weiterfahren konnte. An diese Fahrt erinnere ich mich deutlich, nicht nur wegen eines langen Staus auf dem Hunsrück, der uns Gelegenheit zum Gespräch gab, viel mehr als ich erwartet hatte. Manches aus diesem Gespräch hat lange gebraucht, bis ich es wirklich verstanden habe. Einiges an Informationen war wirklich neu für mich. Was bedeutete es für Palästinenser, die im Juni 1967 gerade nicht zu Hause waren und alles verloren, nicht einmal mehr nach Hause zu Besuch konnten, gestrandet in Deutschland? Und schon nach München 1972 war Westdeutschland kein angenehmes Land für Palästinenser … Nicola lud mich ein, zur nächsten Mitgliederversammlung zu kommen, natürlich auch Mitglied zu werden. Ich bin neugierig nach Köln gefahren und kam als stellvertretender Vorsitzender zurück, wurde danach dann für 16 Jahre Vorsitzender, bis ich 2004 beruflich nach Jerusalem gezogen bin. Ein junger Student, dann noch aktiv im AStA, das paßte gut für diese neue Initiative, die in den politischen Verhältnissen der BRD um eine verantwortliche Solidarität mit der palästinensischen Sache rang.

Bei Pax Christi rangen wir darum, was eine verantwortliche Position zu Nahost in unserem Kontext bedeuten könne, eine Positionierung, die standhält vor der deutschen Geschichte, die Herausforderung von Versöhnung ernst nimmt und unserer Verantwortung für die Verbrechen der Deutschen und die doch nicht dabei stehen bleibt. Wir haben damals dafür den Begriff ‚Doppelte Solidarität' entwickelt, eine Konzeption, an deren Formulierung ich stark beteiligt war, ein Begriff, der sich immer der massiven Machtungleichheit der Verhältnisse vor Ort bewußt war und doch an deren Transformation festgehalten hat. Über die Jahre hin habe ich immer versucht zu verdeutlichen, daß man:frau nicht anti-palästinensisch sein muß (und) darf, um pro-israelisch zu sein. Und auch umgekehrt gilt der Satz weiter.

Mich hat diese Autofahrt geprägt, hat Tore aufgemacht, zu denen ich von Herkunft und sozialem Milieu keinen Zugang hatte. Ich bin dann damals zugleich auch Mitglied im Deutsch-israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (diAk e.V.) geworden. Die Frage, wie Deutschland-Israel-Palästina zusammendenken, ist für mich die prägende Herausforderung meines Engagements in der Region und für die Region geworden.

Heute vierzig Jahre später, angesichts von all dem Leid, all der Vernichtung von Lebensmöglichkeiten und Zukunft so vieler Menschen und angesichts der immer restriktiver werdenden politischen Debatte in Deutschland, die gerade wieder einmal nicht auf der ‚richtigen' Seite der Geschichte steht, halte ich daran fest, dass die beiden kollektiven Rechte von Palästinenser:innen und (zionistischen) Juden und Jüdinnen, das gleiche moralische Recht haben und weder Geschichte, noch Theologie, noch Staatsräson, die Herrschaft der einen über die anderen legitimieren können. **„Gerechtigkeit *und* Frieden werden sich küssen"**, spricht der Psalmist, und es ist dieses eine Wort ‚und', um das es geht.

RAINER ZIMMER-WINKEL

FOTO // WILTRUD RÖSCH-METZLER



Biram/Baram in Galiläa
Die Bewohner des palästinensischen Dorfes wurden 1948 vertrieben. Ihre Rückkehr hatte der israelische Oberste Gerichtshof 1951 bestätigt. Diese wurde aber von der Armee verhindert. Um eine heimliche Rückkehr der Bewohner auszuschließen, wurde die Ortschaft 1953 gesprengt.

Rainer Zimmer-Winkel, Jahrgang 1963, studierte Katholische Theologie und Politikwissenschaft, arbeitete für den zivilen Friedensdienst in Jerusalem und ist als Verleger tätig. Er ist Vorsitzender des diAk Israel | Palästina | Deutschland – zusammen denken e.V.

War die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft zu hoffnungsvoll?

Perspektiven für Palästina haben sich nach einer kurzen Aufhellung um 1993 fortlaufend verdüstert – Gespräch von Paul Löffler und Rainer Zimmer-Winkel im Jahr 2004

Paul Löffler: Was uns [in der DPG] alle verband waren erlebte und gelebte Beziehung nach Palästina und die Entschlossenheit der palästinensischen Sache mehr Gehör zu verschaffen, da wir sie für sträflich unterrepräsentiert hielten. Bei der Feineinstellung gab es jedoch sofort Auseinandersetzung. Die Gesellschaft brauchte im Frühsommer 1986 in Köln und Bonn zwei Anläufe, um ihre Gründung zustande zu bringen. Streitpunkt war in meiner Erinnerung, die Nähe beziehungsweise Distanz, die die DPG zur Vertretung der PLO in der Bundesrepublik haben sollte. Einig waren wir uns darin, dass wir vorbehaltlos das politische Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes unterstützen und dass dabei die PLO seine einzige legitime Vertretung darstellt.

NÄHE ZUR PALÄSTINENSISCHEN BEFREIUNGSBEWEGUNG PLO?

Paul Löffler: Die PLO-Vertretung in Bonn besaß damals noch keinerlei diplomatischen Status und war an das Büro der Arabischen Liga angehängt. Worüber wir uns ereiferten, war, ob die DPG eine direkte Unterstützerorganisation der PLO-Vertretung werden sollte, wie dies etwa der Funktion der Deutsch-Israelischen Gesellschaft im Blick auf die israelische Botschaft entsprach oder ob wir durch eine deutliche Eigenständigkeit in der deutschen Öffentlichkeit mehr erreichen konnten. Obwohl ich zur letzteren Position neigte, sah ich auch ein, dass wir einen direkten Draht zur PLO brauchten. So entstand der Vorschlag, ein Mitglied der PLO-Vertretung in den DPG-Vorstand zu wählen. Darüber haben wir in einem Gespräch mit **Abdallah Frangi,** dem Leiter der PLO-Vertretung, Einvernehmen erzielt. Mitglied im DPG-Vorstand wurde übrigens dann für viele Jahre **Mohammad Nazzal,** [der als Sprecher bzw. Mitarbeiter der Informationsabteilung für die Palästinensische Generaldelegation in Deutschland arbeitete].

Es muss meine Hilfestellung bei der Durchsetzung des Kompromisses gewesen sein, die mir die Wahl – in Abwesenheit – zum ersten deutschen Vorsitzenden einbrachte. Ich habe diese Aufgabe fünf Jahre lang erfüllt. **Die erste Vorstandsitzung der DPG e.V.** fand am 4. Juli 1986 in der Wohnung von **Hakam Abdel-Hadi** in Bonn – Bad Godesberg statt. Neben ihm und **Nazzal** waren noch **Nicola Abu-Khalil** als Schatzmeister und **Hildegard Becker** als Schriftführerin anwesend. **Werner Keith,** unser Rechtsanwalt, entschuldigt. Du Rainer, warst dann auch bald dabei, ich meine ab 1987, damals aus Trier, was schnell zur geschäftsführenden Basis für die DPG wurde.

Rainer Zimmer-Winkel: Ich wurde im März 1987 in die DPG aufgenommen und kam im Jahr 1990 in den Vorstand. Und der Hagener Politologe **Kenneth Lewan** war auch ziemlich von Anfang an im Vorstand.

Paul Löffler: Ewas später auch **William Hodali** (1991) aus Düsseldorf. Die ersten Aktivitäten konzentrierten sich auf politische Aufklärung: Wir machten Informationen aus Palästina publik und verfassten eigene Erklärungen zur Lage. Das war eine heiße Sache. Denn allein das Wort „Palästina" in unserem Namen genügte damals, uns allesamt in eine extremistische Ecke zu stellen. Die PLO galt noch als „Terrororganisation"! Dem mussten wir durch seriöse Informationen in kompetenter Darbietung entgegenwirken. Hier halfen der zuverlässige Kontakt nach Palästina, die unsere palästinensischen Mitglieder hatten, und ebenso die Beratung durch Fachleute wie **Udo Steinbach,** Direktor des Deutschen Orient-Instituts, **Helga Baumgarten,** die als Orientalistin in der Region zuhause war und **Alexander Flores,** der ein Buch über die Intifada schrieb, wie dann übrigens **Kenneth Lewan** zur zweiten.

Die Intifada, die im Mai 1988 im Gazastreifen begonnen hatte, brachte viel Öffentlichkeit. Journalistisch waren wir dafür durch **Hildegard Becker** beim WDR und **Hakam Abdel-Hadi** von der Deutschen Welle bestens aufgestellt, wie man heute sagt. Praktisch sah das so aus, dass wir möglichst oft Stellungnahmen in die Fächer von Bundestagsabgeordneten zu platzieren versuchten und natürlich auch an die führenden Tageszeitungen versandten. Sonst suchten wir Präsenz über Vorträge, Ausstellungen und mit Info-Tischen auf den evangelischen und katholischen Kirchentagen – hier denke ich beispielweise an die treue Arbeit von **Ellen Rohlfs,** die dann auch einmal mit dem Bundespräsidenten Herzog am Stand abgelichtet wurde.

Die DPG entwickelte sich aber auch in den achtziger Jahren mit einer neuen Strömung, die seit der israelischen Invasion in den Libanon 1982 sich langsam Bahn brach. Der israelische Libanonkrieg mit seinem schrecklichen Ende in Sabra und Schatila und dem erzwungenen, wenn auch ehrenhaften Rückzug der PLO von Beirut nach Tunis hat in der Öffentlichkeit ein neues positiveres Bild der Palästinenser und sogar der PLO entstehen lassen.

Dieses Bild begann mit der Intifada ab 1987 die alten Klischees von Terroristen und Revoluzzern endgültig zu überlagern. Zwei Faktoren bewirkten dabei auch nach innen eine Veränderung der Lage für die Solidaritätsarbeit: Seit dem Libanon-Krieg meldeten sich in Israel damals rasch wachsende Friedenskräfte zu Wort. Sie diskutierten über die Rechte der beiden Völker und die politische Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes. In Hamburg, Köln, Frankfurt und Wien fanden Podiumsveranstaltungen mit Palästinensern und Israelis statt. Eine neue Qualität der Aufklärung- und öffentlichen Bewusstseinsarbeit war erreicht. Mindestens im kirchlichen Raum begannen sich Palästina-Initiativen und Israel-orientierte Gruppen, die der Friedensbewegung nahestanden, unter dem Motto der doppelten Solidarität anzunähern.

In dieser Situation veranstalten wir dann vor allem auch Tagungen: eine erste große mit der Akademie Tutzing im Februar 1988 – „Palästinenser – Leben braucht Zukunft", lautete das Motto … Gesprächspartner am Starnberger See waren damals **Professor Aghazharian** von der palästinensischen Birzeit Universität, **Alexander Flores, Mona Rishmawi** aus Ramallah, **John Bunzl** aus Wien und **Peter Kotthaus** von der EU in Brüssel und der Knesset-Abgeordnete **David Zucker** wie Professor **Michael Wolffsohn** von der Bundeswehr Hochschule in München. Letzterer ließ sich zunächst durch eine Assistentin vertreten und berichten, um dann zum Schlusspodium mit großem Furore einzutreffen. Unter anderem erklärte er, dass palästinensische Tote der Intifada medienwirksam fürs Fernsehen inszeniert seien. Darauf brach eine Welle tumultartigen Unmuts im voll besetzten Saal los, die uns Moderatoren auf dem Podium in große Schwierigkeiten stürzte. Nicola Abu-Khalil rettete die Lage, indem er zu einer Minute des Schweigens für alle Opfer aufrief ….

Die ganze brisante Arbeit in der DPG war nur möglich, weil wir zu einer Gruppe von Freundinnen und Freunden zusammengewachsen waren. Dazu trug enorm bei, dass wir uns als Vorstand reihum in den Familien trafen.

Der Golfkrieg von 1991 stellte dann allerdings die Freundschaft auf eine harte Probe: Wir trafen



DPG-Konferenz, *undatiert Mitte stehend: DPG-Mitglied Ellen Rohlfs (1927–2020)*

uns gerade damals im Haus der Nazzals nahe Bonn, nachdem die PLO die Partei Saddam Husseins ergriffen hatte und mit ihr viele Palästinenser. Das entsprach dem Zustand der Verzweiflung unter Palästinensern: (Schon bei einem Besuch im August 1990 hatten palästinensischen Kaufleute in Ost-Jerusalem Elisabeth und mich damit schockiert, dass sie in Saddam ihre einzige Hoffnung sähen). Aber für uns Deutsche, allen voran für Hildegard Becker, war das völlig unakzeptabel: Der Vorstand der DPG drohte über einer Erklärung zum Golfkrieg auseinander zu brechen. Das ist dann nicht passiert, wenn auch der Golfkrieg eine andere schlimme Konsequenz für die DPG haben sollte.

Im September 1990 führten wir mit der PLO-Vertretung, auch in Erwartung ihrer zugesagten Mitfinanzierung, auf dem Venusberg ein großangelegtes Seminar „Perspektiven des Staates Palästina" für die Bonner politische und mediale Szene durch. Es war der ehrgeizige Versuch, die politische Diskussion zu beeinflussen, die sich immer wieder an der Undurchführbarkeit einer Staatsgründung seitens der Palästinenser fest machte, weil ein solcher Staat angeblich gar nicht lebensfähig sein könnte. Wir hatten entsprechende Koryphäen aus Palästina eingeflogen, die das widerlegen sollten: **Saeb Erekat, Ibrahim Dakkak, Salim Tamari,** wie unsere Freundin **Sumaya Farhat-Naser** und den israelischen Freund **Elieser Feiler** mit Ehefrau Pnina. **Abdallah Frangi** nahm teil, und der Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten wirkte mit. Die Tagung war auch in der Sache ein beachtlicher Erfolg. Aber wir blieben als DPG auf rund 10.000 DM Schulden sitzen, die wir lange Zeit mit uns geschleppt haben, da die PLO nicht zahlen konnte. Die falsche Option im Konflikt um Kuwait hatte sie von ihren finanziellen Unterstützern dort und in anderen Golfstaaten abgeschnitten.

DPG UNTERSTÜTZT DEN WEG ZUM STAAT PALÄSTINA

Paul Löffler: Bekanntlich schien sich die Lage im Gefolge der Madrider Friedensverhandlungen, die noch im Herbst 1991 begannen und der folgenden Geheimverhandlungen in Oslo zugunsten eines Staates Palästina zu ändern. Der Händedruck zwischen Arafat und Rabin vor dem Weißen Haus in Washington im September 1993 wurde wie ein Paukenschlag für den Frieden verstanden. Jedenfalls herrschte eine euphorische Stimmung mit Palmenzweig schwenkenden Kindern in Palästina, als sich die israelischen Besatzungstruppen aus ersten palästinensischen Städten zurückzogen. Schon 1994 verdüsterte sich jedoch die Situation: etwa durch das von Baruch Goldstein in Hebron angerichtete Massaker unter Moscheebetern, das von radikalen israelischen Siedlern bejubelt wurde. Bei einem Besuch mit einer Delegation im Herbst des Jahres 94 in Bethlehem (und in Arafats Präsidialbüro in Jericho), konnte ich in Jerusalem beobachten, wie eine Puppe von Rabin in Nazi-Uniform von israelischen Extremisten durch die Straßen getragen wurde. Ein Jahr später erfolgte der Mordanschlag auf ihn. Aber auch auf palästinensischer Seite entwickelten sich die Dinge schlecht. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) wurde in Machtkämpfe und Korruption hineingezogen. Es gab die ersten Hinrichtungen von politischen Gegnern der [Palästinensischen Autonomiebehörde] PA. Auf der Mitgliederversammlung der DPG 1996 in Bonn kam eine Resolution ohne Gegenstimmen durch: die Verurteilung der PA wegen Menschenrechtsverletzungen!

Trotzdem war es ein echter Höhepunkt gewesen, als auch wir von der DPG im Dezember 1993 eine Einladung anlässlich des ersten und auch gleich offiziellen Besuchs von **Jassir Arafat** in Bonn erhielten. So etwas war wenige Jahre zuvor unvorstellbar gewesen. Und die DPG hat doch auch, wenigstens indirekt, mit dazu beigetragen. Das kam so, dass inzwischen **Martin Weiss** unserem Vorstand angehörte. Er war damals einer der außenpolitischen Referenten der SPD-Bundestagsfraktion und bemühte sich, eine Arbeitsgruppe von an der arabischen Welt interessierten Parlamentariern einzurichten. Eine entsprechende größere Gruppierung für Israel hatte es schon lange gegeben. Unter Hilfestellung durch **Hans-Jürgen Wischnewski** als ehemaligem Bundesminister und Leitfigur in der SPD war es



dann gelungen, eine kleine Delegation in Arafats Hauptquartier nach Tunis zu entsenden, um seinen offiziellen Besuch in Bonn anzuschieben. Martin, der mit war, hat anschaulich davon berichtet. Und im Dezember nach dem Washingtoner Handschlag und der Verleihung des Friedensnobelpreises war es so weit. Wir fanden uns in der Godesberger Redoute zum Empfang wieder. Nach dem üblichen langen Warten traf Arafat ein. Quicklebendig, fast tänzelnd begrüßte er uns von der Bühne und hatte seinen Unterstützern und Unterstützerinnen, wie er sagte, als Gruß Orangen und Zitronen aus Palästina mitgebracht. Eine davon landete auch bei mir. Übrigens stand ich in der Nähe von Ben Wisch vor der Bühne, der sichtlich gerührt das Ereignis verfolgte. Mir erging es ebenso.

Die DPG nutzte die Gunst der Stunde mit der erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit und den kontroversen Diskussionen um die Zukunft beider Völker. So viel war erreicht, dass beide Völker inzwischen nebeneinander gesehen wurden und in ihre Zukunft nur gemeinsam gestaltbar schien. Wie die aussehen sollte, mit welchen Grenzen und Kompromissen war allerding höchst strittig. Eine Kontroverse, die im kirchlichen Raum heftig lief, war die Selbstdarstellung der palästinensischen Seite, ihres anhaltenden Leidensweges und ihrer politischen Erwartungen in der Kampagne des Weltgebetstages 1994, die von palästinensischen Frauen verantwortet wurde. Die rückblickende Dokumentation stellte lakonisch fest, dass kein Weltgebetstag je zuvor (in der über hundertjährigen Geschichte) so viele Reaktionen ausgelöst hat, wie der aus Palästina. Die Verantwortliche in Deutschland war **Ulrike Bechmann,** die wie **Viola Raheb** im DPG-Vorstand mitarbeitete. Mit Letzterer, die damals in Heidelberg studierte, saßen wir die halbe Nacht in meinem Frankfurter Büro zusammen, um aktuelle Stellungnahmen und Erläuterungen auszuarbeiten. Die DPG veröffentlichte ein extra Themenheft „Palästinensische Frauen" unter deiner Redaktion Rainer!

Rainer Zimmer-Winkel: Das war die Nr. 22 der DPG-Infobriefe, aus denen mit der Nr. 27 ab Januar 1996 das vierteljährig erscheinende Palästina-Journal wurde.

Paul Löffler: Ja, das Palästina-Journal zu dem weithin angesehensten Sprachrohr in Deutschland über die Jahre aufzubauen, war Deine besondere Leistung, Rainer. Als die Nr. 50 im Juli 2002 erschien, war dies ein Meilenstein für die DPG. Ich selbst habe mich eine Zeitlang mit der Rubrik „Nachrichten aus Palästina" beteiligt und beispielsweise 1999 einen Rückblick auf die ersten zehn Jahre verfasst.

Ab 1993 musste sich in der Tat das Aufgabenfeld der DPG grundlegend verändern. Als anerkannter Verhandlungspartner konnte die PLO sich in der Öffentlichkeit selbst vertreten. Korrespondenten und Fachleute von Nicht-Regierungsorganisationen sorgten inzwischen für einen breiten Strom von Informationen aus Palästina. Es blieben die Aufgaben der Vernetzung Palästina-orientierter Initiativen und Gruppen in Deutschland, die Unterstützung konkreter Projekte im Aufbau der palästinensischen Zivilgesellschaft und die Förderung des Austausches. Beim Ersten sind wir kläglich gescheitert. In zwei Anläufen versuchten wir Vertreterinnen und Vertreter von rund 50 solcher Initiativen, deren Liste wir zusammengetragen hatten, bei Treffen in Frankfurt am Main zu einer Art Dachverband zu überreden vergeblich. Die Interessen und Arbeitsweisen unterschieden sich so sehr, dass man nicht willens war, sich der Mühe und Disziplin zu unterziehen, die der Unterbau einer gemeinsamen Plattform erfordert hätten. Für die anderen beiden Aufgaben gewannen die Regionalgruppen der DPG immer mehr an Bedeutung. Die wachsende Mitgliederzahl der DPG – übrigens mit einer schwachen Präsenz in Süddeutschland – konzentrierte sich auf bestimmte Ballungsräume …

Nie vergessen kann ich den Besuch von **Haider Abdel Schafi** in Hamburg. Ich hatte ihn bereits



FOTO // WILTRUD RÖSCH-METZLER

***Kloster des Hortus Conclusus** (auch bekannt als Deir el-Banat oder Convent of the Hortus Conclusus) im palästinensischen Dorf Artas im Westjordanland, südlich von Bethlehem, Das Umland von Artas ist C-Gebiet. Durch Enteignungen und militärische Verordnungen wurde Land für die nahegelegene israelische Siedlung Efrat beschlagnahmt.*

als einen durch und durch engagierten Arzt und integren Politiker 1992 in seiner Heimat Gaza-Stadt kennen gelernt. Er war damals Leiter der palästinensischen Gruppe bei den Madrider Friedensverhandlungen und 1996 mit der höchsten Stimmenzahl in das erste palästinensische Parlament gewählt worden. Jetzt, zwei Jahre später reiste er mit dem Thema durch Deutschland: „Der Friedenprozess in der Sackgasse" (ohne Fragezeichen). Nach einer überfüllten Versammlung in der Hamburger Evangelischen Akademie in der Esplanade, wo wir in Zusammenarbeit mit der Studienleiterin **Hanna Lehming** unsere größeren Veranstaltungen durchführten, saßen wir noch im kleineren Runde zusammen. Haider Abdel Shafi brachte dabei seine skeptische Vorhersage auf den Punkt: Frühstens seine Enkel würden so etwas wie Frieden erleben. Er sicherlich nicht mehr.

Unter dieser Enttäuschung ging meine aktive Zeit im DPG-Vorstand zu Ende – natürlich nicht deshalb … Aber die Perspektiven für Palästina haben sich nach der kurzen Aufhellung um 1993 herum fortlaufend verdüstert. Immer wieder frage ich mich, ob wir die negative Entwicklung hätten voraussehen müssen, und klage mich an, dass die eigene Sehnsucht, biografisch begründet, einen friedlichen Ausgleich zwischen Israel und Palästina noch zu erleben, die notwendige Kritik gegenüber dem Verlauf des „Friedensprozesses" (den man im Rückblick, nur in Anführungsstriche setzen darf) verdunkelte. Das ist eine bittere Einsicht zum Schluss.

Aus **„Spannungen leben! Gesprächsweise Annäherung an eine ökumenische Biographie von Paul Löffler"**, Aphorisma Verlag, 2004

1990

als palästinensische Stimmen Gehör fanden



Es war 1990. Ich war erst seit kurzem in Deutschland zum Studium angekommen, als mich Rainer Zimmer-Winkel anrief, um mich für eine Podiumsdiskussion in Hamburg zu engagieren. So begann mein Engagement in der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG).

Die Jahre, in denen ich dort engagiert war, als Vorstandsmitglied und später als stellvertretende Vorsitzende waren politisch geprägt durch den sogenannten Oslo-Prozess. Eine Zeit, in der weltweit, aber auch in Deutschland Gehör für die palästinensischen Stimmen vorhanden war. Daher ist es kein Zufall, dass in diesen Jahren zahlreiche Veranstaltungen zu Palästina stattfanden, auch durch die DPG. Tagungen und Seminare im Rahmen von Kirchen- und Katholikentagen, an verschiedenen Akademien in Deutschland, waren gut besucht und boten einen Raum für den Diskurs über Palästina und über die deutschen Beziehungen zur Region. Räume, die inzwischen zum größten Teil kaum mehr vorhanden sind. Eine bleibende Erinnerung ist für mich die Arbeit im Vorstand mit Paul Löffler, jenem deutschen Theologen, der bereits 1976 ein Buch mit dem Titel „Arabische Christen im Nahostkonflikt“ veröffentlicht hatte. Sein Engagement für die Christ:innen in der Region und seine auf Augenhöhe basierende Beziehung zu den Christ:innen in der Region, werden heute nicht nur von mir vermisst. Erinnerung an eine Zeit, in der Palästina und Palästinenser:innen nicht unter Generalverdacht standen, bzw. in der ihre Stimmen nicht einfach gecancelt wurden…

VIOLA RAHEB

Viola Raheb wurde 1969 in Bethlehem geboren. Sie war Schulrätin für christliche Schulen in Palästina und leitete das Programm von fünf Schulen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL). Verheiratet ist sie mit dem Musiker Marwan Abado. Dr. Viola Raheb ist Programm-Direktorin der Stiftung PRO ORIENTE in Wien. **www.violaraheb.net**

FOTO // URSULA MINDERMANN

Felsendom in Jerusalem





1995–2006

DPG und Kirchen

Ich schreibe den Bericht aus persönlicher, also sehr subjektiver Perspektive, und ich greife nur einige Punkte heraus. Ich lernte die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG) am Katholikentag 1992 in Karlsruhe kennen. Damals gab es dort ein Israel-Palästina Haus. Da war ich schon hauptberuflich beim Weltgebetstag der Frauen als Geschäftsführerin und theologische Referentin tätig. Es standen die Vorbereitung und Durchführung des Weltgebetstags aus Palästina 1994 vor der Tür. Rainer Zimmer-Winkel, damals deutscher Vorsitzender der DPG, hatte einen Stand mit Informationen, Literatur, Werbung für die DPG und vieles mehr. Für mich war damit die DPG einer der relevanten Ansprechpartner für die Vorbereitungstagungen. Die Materialien der DPG waren eine wichtige Informationsquelle. Ich wurde Mitglied der DPG.

Ich berichte jetzt etwas ausführlicher vom Weltgebetstag, weil das Thema Palästina dadurch im kirchlichen Spektrum sehr verbreitet war. Seit fast 100 Jahren geht es beim Weltgebetstag darum, *mit und nicht für die Frauen zu beten* und so ihre Perspektive zu Gehör zu bringen, 1994 wurde dieses Prinzip trotz heftiger Widerstände erfüllt. Die Frauen beteten *mit* den Worten der Palästinenserinnen den Gottesdienst zum Thema „Gehen – Sehen – Handeln". Über die Auseinandersetzung darüber wurde eine über 300seitige Dokumentation erstellt, in der sich alle Positionen, Publikationen und öffentliche Auseinandersetzungen nachlesen lassen.[1]

Durch den damaligen Weltgebetstag der Frauen gelang es, in großer Breite die Anliegen der christlichen PalästinenserInnen, die politische Situation Palästinas, die Geschichte, die Kultur etc. zu vermitteln. Dies unterstützte die Arbeit der DPG in der Öffentlichkeitsarbeit und der Bewusstseinsbildung zu Palästina. Etliche Frauengruppen fuhren nach Palästina, besuchten Frauenprojekte, knüpften Kontakte, die z.T. bis heute bestehen.

Bei der DPG-Jahrestagung 1995 wurde ich zur deutschen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, die palästinensische stellvertretende Vorsitzende war **Brigitte Rishmawi.** Der palästinensische Vorsitzende war **William Hodali,** der deutsche erneut **Rainer Zimmer-Winkel,** der Schatzmeister war **Wilhelm Breder,** Schriftführer **Dr. Paul Löffler.** Im Protokoll steht, dass mir der Bereich **„kirchliche Organisationen"** als **„Schwerpunkt"** zufiel. Man muss dazu wissen, dass die kirchlichen Solidaritätsgruppen (z.B. pax christi, die kirchlichen palästinabezogenen Missionswerke und andere) und die kirchlichen traditionellen Beziehungen zu den Kirchen in Palästina aktiv waren und sich Engagement und Veranstaltungen mit diesen Kreisen überschnitten. Dazu gehörte etwa der Deutsche Evangelische Kirchentag und der Katholikentag, auf beiden war die DPG mit einem Stand vertreten, manchmal in Kooperation mit anderen Palästina-Gruppen.

Ein Höhepunkt unter Beteiligung der DPG war 1995 der Evangelische Kirchentag in Hamburg. Dr. Paul Löffler (s.u.) trat dafür ein, dass ein Palästinatag in einer Halle mit 4000 BesucherInnen stattfinden konnte; Löffler und Viola Raheb trieben mit der Vorbereitungsgruppe ein erfolgreiches Tagesprogramm voran. Dort hielt die damalige Ministerin für Soziale Angelegenheiten der Palästinensischen Behörde, Intisar el-Wazir, den Hauptvortrag. Ihre Hauptpunkte waren Gerechtigkeit, Entwicklung und Staatsbildung. Bis zum Jahr 2001 in Frankfurt konnte jeweils auf dem Evangelischen Kirchentag ein Nahostforum stattfinden, in Frankfurt noch mit ca. 2000 Teilnehmenden. Danach entschied sich der DEKT jeweils gegen ein Nahostforum.

[1] Vgl. Stefanie Klein, Dokumentation zum Weltgebetstag der Frauen aus Palästina, Düsseldorf 1995



Stand beim Kirchentag von DPG und Deutsch-Palästinensischem Frauenverein, Gisela Siebourg (rechts) und Karin Steinbrinker (links)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich an den evangelischen **Pfarrer Dr. Paul Löffler** erinnern.[2] Er besaß sehr viel internationale Erfahrung zunächst als Executive Secretary beim Research Department of the International Missionary Council (IMC) in London unter Lesslie Newbigin (ab 1960) und mit wichtigen Aufgaben und theologischen Konzepten im Weltkirchenrat zusammen mit dem Generalsekretär Philipp Potter betraut. 1969 übernahm er eine Professur an der Near East School of Theology (NEST) in Beirut und war sehr stark involviert in die dortige Arbeit für Palästinensische Flüchtlinge und den Muslimisch-Christlichen Dialog. Als einer der ersten publizierte er 1976 in Deutsch über arabische ChristInnen.[3] Interesse und Solidarität mit den christlichen Kirchen des Nahen Ostens wie mit den PalästinenserInnen blieben ihm wichtig. Von 1986 bis 2001 war er Mitglied im Vorstand der DPG. Ich erinnere Dr. Paul Löffler persönlich als jemand, der sehr reflektiert, integer, solidarisch und aktiv sich für die palästinensischen Anliegen und ihre Vermittlung eingesetzt hat. Seine Stimme wäre heute nötiger denn je.

Zu den DPG-Aktivitäten zählte unter anderem die Herausgabe des Palästina-Journals, das viermal im Jahr erschien. Die Geschäftsstelle war Teil der Privatwohnung von **Rainer Zimmer-Winkel,** von wo aus die Palästina-Journale verschickt wurden (ca. 3000 Ex. Auflage). Das Journal war ein wichtiges Instrument, Texte und Stimmen aus Palästina zugänglich und bekannt zu machen.

Man muss sich vor Augen halten, dass das Internet und die Computerisierung gerade erst begannen. Insofern war damit sehr viel Arbeit im Satz, in Übersetzungen etc. nötig. Ich erinnere hier an **Ellen Rohlfs,** die über viele, viele Jahre unermüdlich englische Texte ins Deutsche übersetzte und für das Journal und darüber hinaus zugänglich machte.

Die DPG gab immer wieder Stellungnahmen zu Entwicklungen in Palästina ab, pflegte Kontakte zu vielen PartnerInnen und Organisationen in Deutschland und Palästina, vermittelte ReferentInnen, führte Solidaritätsreisen durch, verkaufte bei Veranstaltungen Produkte aus Palästina, hielt die thematisch orientierten Jahrestagungen ab, betrieb Lobbyarbeit im politischen Berlin, begann, Regionalgruppen aufzubauen, war vertreten bei gemeinsamen Palästina-Aktionen (z.B. mit der palästinensischen Graswurzelorganisation Stop the Wall) und vieles mehr.

Als **Wilhelm Breder** 2001 als Schatzmeister aufhörte, war ich bereit, mich für diese Vorstandsaufgabe wählen zu lassen. Bis zum Ausscheiden aus dem Vorstand 2006/7 habe ich diese Funktion ausgeübt. Auch hier gab es im technischen Bereich Neuerungen. Wilhelm Breder hatte schon angefangen, den Lastschrifteinzug einzuführen. Aber viele Mitglieder waren noch nicht so weit. Es mussten noch brieflich Spendenquittungen ausgestellt werden, Zahlungen kontrolliert oder angemahnt werden etc. . Die DPG war als bi-nationale Gesellschaft gegründet worden, so dass die Vorstandsfunktionen immer doppelt (palästinensisch-deutsch) besetzt waren. Mit dem Wechsel des Vorstands 2006 ging es auch um eine Neuausrichtung der DPG, wie ein Memorandum von damals zeigt. Auf die Veränderungen auf allen Ebenen und die politischen Entwicklungen musste reagiert werden.

ULRIKE BECHMANN

Ulrike Bechmann, Professorin i.R. wurde 1958 geboren. Die Theologin war zehn Jahre lang Theologische Referentin und Geschäftsführerin des Deutschen Komitees des Weltgebetstags der Frauen. Von 2007–2022 arbeitete sie als Universitätsprofessorin und Leiterin des Instituts für Religionswissenschaft an der Katholischen Fakultät der Universität Graz. Sie ist Vorsitzende des Fördervereins Bethlehem-Akademie Dar al-Kalima e.V. **https://www.ulrike-bechmann.de/**

[2] Löffler, Paul, Spannungen leben! Gesprächsweise Annäherung an eine ökumenische Biographie, Berlin: AphorismA 2006; vgl. auch den Nachruf Dr. Paul Löffler (29. Oktober 1931-26. September 2010), in: Bulletin der AphorismA Kulturstiftung 10-11 / Herbst/Winter 2010;

[3] Löffler, Paul, Arabische Christen im Nahostkonflikt. Christen im politischen Spannungsfeld, Frankfurt a.M. 1976

„Entwürfe für eine demokratische Verfassung einer Republik Palästina“



Kennengelernt hatte ich die DPG Anfang der 90er Jahre über meine damalige Freundin, die schon Mitglied war. Wir waren uns bei einer Palästina-Veranstaltung der Münsteraner Jusos begegnet. Ich wurde bald darauf ebenfalls Mitglied.

Meine Zeit im Vorstand der DPG begann im Jahre 1994. Da war die DPG gerade einmal acht Jahre alt und steckte noch mehr oder weniger in den Kinderschuhen. Zu der Zeit leitete Rainer Zimmer-Winkel die DPG und ich kann mich auch an William Hodali erinnern, der heute noch aktiv ist.

Zunächst fungierte ich als Schriftührer, d. h. ich musste die Protokolle schreiben. Dadurch kam ich gut in die Vereinsarbeit hinein. Später übernahm ich das Amt des Schatzmeisters, wo ich jedes Jahr mit dem arbeitsaufwändigen Einzug der Mitgliedsbeiträge zu tun hatte. Zudem musste ich mich beständig mit den zu knappen Finanzen auseinandersetzen. Die Veranstaltungen zum zehnten Jubiläum der DPG im Jahre 1996 hatten ein großes Loch in die Vereinskasse gerissen. Im Jahre 2004 schied ich aus dem Vorstand aus. Meine beruflichen und familiären Pflichten ließen eine Fortsetzung des Engagements nicht mehr zu.

Die Zeit in den 90er Jahren war noch vom „Geist von Oslo“ geprägt. Wir hatten uns alle große Hoffnungen gemacht, dass die Dynamik des Friedensprozesses auch nach der Ermordung von Jitzchak Rabin im November 1995 weitergehen würde. Wir hatten damals sogar Entwürfe für eine demokratische Verfassung einer Republik Palästina gelesen!

Heute sind wir alle sehr ernüchtert. Ob das mit dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen noch was wird, wenn die Völkergemeinschaft weiterhin so untätig bleibt?

WILHELM BREDER

„Nicht nur Solidarität mit den Palästinensern, sondern auch einen umfassenden nahöstlichen Aussöhnungsprozess“

Lange Zeit war der Begriff **Palästina** im allgemeinen Bewusstsein der Name der historischen Heimat des jüdischen Volkes. Nachdem nach Jahrhunderten der **Zerstreuung** die Juden – propagiert vom **Zionismus** und letztlich ausgelöst vom **Holocaust** – in diesem Raum ihren eigenen Staat gründeten, wurde dieser aber nicht Palästina, sondern Israel genannt. Unter Palästina versteht man seither nur noch die Westbank, den Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem. Der junge Staat Israel wurde von Deutschland mit vielen Milliarden „Wiedergutmachung“ unterstützt. Dies machte den Holocaust keineswegs „wieder gut“, war aber für Israel eine willkommene Unterstützung. Neben dieser materiellen Hilfe entstanden viele zivilgesellschaftliche Aktivitäten, die sich um Aussöhnung mit dem jüdischen Volk bemühten.

Im Gegensatz zu diesen deutsch-israelischen Initiativen gab es in Deutschland lange Zeit aber kaum engere Kontakte zu den Palästinensern. Deren negatives Image beruhte auf der Radikalität Israel-feindlicher Palästinenser-Organisationen und deren gewalttätigen Aktionen. Daher dauerte es Jahrzehnte, bis in Deutschland eine differenziertere Sicht auf die Palästinenser entstand und anerkannt wurde, dass der Aufbau Israels mit einer massiven Vertreibung der einheimischen Palästinenser einherging. Auch wenn es nicht mit dem Holocaust zu vergleichen ist, bedeutet die **Nakba** genannte Vertreibung ein tiefes Trauma, das bis heute nachwirkt. Es erzeugt Gewalt ebenso wie die jahrzehntelange Besetzung Palästinas, die den Aufbau eines freien funktionierenden palästinensischen Staates verhindert.

Es war die **Intifada,** die ab 1987 die Weltöffentlichkeit aufrüttelte. Dadurch wandelte sich das Bild der Palästinenser deutlich. Dominierten bis dahin lange die Nachrichten über palästinensische Gräueltaten wie Flugzeugentführungen oder Attentate wie bei der Olympiade in München, entstand nun langsam das Bild eines unter neokolonialistischer Besatzungsherrschaft leidenden Volkes.

So war es nicht verwunderlich, dass parallel dazu dann viele nahostpolitisch orientierte Initiativen entstanden mit dem Schwerpunkt „Solidarität mit den Palästinensern“.

Eine der nun seit 40 Jahren aktiven Initiativen ist die 1986 in Köln gegründete Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG), die sich nicht nur der Solidarität mit den Palästinensern, sondern auch einem umfassenden nahöstlichen Aussöhnungsprozess verschrieben hat. Eines ihrer Ziele ist von Anfang an, gute Beziehungen zu deutsch-jüdischen Organisationen zu haben wie dem deutsch-israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (diAK). Dazu wurden früh Kontakte zu jüdischen Organisationen aus dem damals noch starken israelischen **Friedenslager** aufgebaut.

Ein weiteres Anliegen der DPG war, für die vielfältigen deutsch-palästinensischen Initiativen gemeinsame Ziele und Strategien zu entwickeln. Verschiedene Konferenzen, zu denen ab 1991 mehr als dreißig Organisationen eingeladen waren, zeigten, dass dieses Ziel jedoch nur eingeschränkt zu verwirklichen ist, waren und sind die ideologischen Unterschiede mitunter doch sehr groß.

Diese Vielfalt gilt auch für den internationalen Bereich, wo die DPG Delegierte im **European (bzw.) International Coordinating Committee for NGOs on the Question on Palestine (ECCP, ICCP)** hatte. Weiterhin war die DPG auch vertreten im Network for European Non-Governmental Organizations in the Occupied Territorries (NENGOOT).

Trotz ihrer relativ Israel-freundlichen Ausrichtung stieß die Arbeit der DPG vor allem bei unkritischen Israel-Fans sowie bei jüdischen Organisationen und auch in Israel auf Kritik. Immer noch weit verbreitet ist die Ansicht vieler Menschen, dass es Deutschen aufgrund ihrer historischen Schuld nicht zusteht, auch nur die geringste Kritik an Israel zu üben.

Als Mitglied des Vorstandes der DPG sowie aufgrund meiner Nahost-Erfahrungen als Referent für Außenpolitik im Deutschen Bundestag habe ich diverse Vorträge über nahost-politische Themen gehalten. In einem dieser Vorträge über die Intifada zeigte ich auch ein Bild eines kleinen Jungen, dem Soldaten der Israel Defense Forces (IDF) beide Arme gebrochen hatten. Die Reaktion eines Zuhörers – ein hoher Funktionär der jüdischen Kultusgemeinde – war eine Beschwerde über mich an die Bundestagspräsidentin mit der Forderung: Dieser Martin Weiss müsse aus dem Bundestag entfernt werden! Da Frau Süßmuth diesen **Einschüchterungsversuch** souverän ignorierte, passierte nichts weiter. In anderen Fällen jedoch führte Israel-Kritik durchaus zu gravierenden Folgen wie berufliche Benachteiligungen.

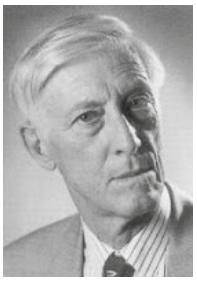
Während der Intifada bei einem Treffen einer internationalen Parlamentarier-Delegation mit einem hochrangigen Militär der IDF passierte folgendes: Als ein deutscher Bundestagsabgeordneter vorsichtig sein Unverständnis über **Grausamkeiten von IDF-Soldaten** gegenüber der palästinensischen Zivilbevölkerung äußerte, wies ihn der IDF-General barsch zurecht: „Sie als Deutscher haben nicht das Recht, Israel zu kritisieren“. Im Gegensatz dazu sagte ein alter Jude, der Holocaust und KZ überlebt hatte: „Gerade weil die Deutschen so viel Schuld auf sich geladen haben, sind sie berechtigt, ihre Stimme zu erheben, wo immer Unrecht passiert“.

Die DPG sollte ihre Arbeit auch in Zukunft in diesem Sinne verstehen: In kritischer Solidarität zu Palästinensern und Israelis einen wichtigen **Beitrag der Versöhnung** in einem der ältesten Konflikte der Zeitgeschichte zu leisten.

MARTIN WEISS

Hommage an Prof. Dr. Kenneth M. Lewan

An dieser Stelle soll an die Verdienste von Kenneth M. Lewan für die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG e.V.) erinnert werden. Er gehörte zu denjenigen, die am 4. Juli 1986 in der Wohnung von Hakam Abdel Hadi in Bonn-Bad Godesberg die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft ins Leben riefen. Bis 1990 gehörte Lewan ihrem ersten Vorstand an.



Kenneth Lewan hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits mit zahlreichen Veröffentlichungen zum sogenannten Nahostkonflikt einen Namen gemacht. In seinem Vortrag *Sechstagekrieg und Berichterstattung* unterzieht er 1975 die Berichte von *Die Welt, Süddeutscher Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Stuttgarter Zeitung* einer für ihn typischen akribischen und nüchtern-analytischen Untersuchung.

Sein Urteil über die damalige Presseberichterstattung: **„Die Grundhaltung dieser Zeitungen: Sie feierten die Kriegstüchtigkeit der Israelis, billigten die Einverleibung Jerusalems und die anderen Gebietsansprüche. […] Die herrschende Presse hat erneut unter Beweis gestellt, dass sie – um es milde zu sagen – nicht vertrauenswürdig ist. […] Die einzelnen Stimmen, die auch schon vorher zu hören waren, haben sich [gemeint: seit 1967; Anm. d. Verf.] verstärkt, aber der Grundton ist derselbe geblieben. Ich möchte hier nur noch an das Beispiel der Hetzkampagne gegen die in der Bundesrepublik lebenden Palästinenser erinnern. Weiter sind Berichte vom Roten Kreuz und der UNO-Hilfsorganisation für die Menschenrechte in den von Israel besetzten Gebieten einfach unterschlagen worden."**

Auch seine 1980 veröffentlichte Studie *Palästinensischer Widerstand in den besetzten Gebieten* behandelt Themen, die die Arbeit der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft bis heute bestimmen. Lewan bewertet die Annexion, Landnahme und Besiedlung Ost-Jerusalems, der Westbank und des Gazastreifens als Verstöße gegen das Völkerrecht. Die israelische Justiz sei dabei nichts anderes als **„der verlängerte Arm der Militärregierung"**. Beschlagnahmungen von Land aus angeblichen Sicherheitsgründen bezeichnet er als bloße Fiktion, **„(wo) doch jeder wusste, dass die Siedler sich auf Dauer niederließen und die Regierung sie voll unterstützte"**.

Obwohl gewaltfreie Aktionen im Sinne einer „Flucht in die Öffentlichkeit" nach seiner Einschätzung **„Israel nicht dazu gebracht haben, ein einziges Stück Land herzugeben"** und die Enteignungen unvermindert fortgesetzt würden, sieht Lewan keine Alternative zu diesem Weg – auch wenn er deren Erfolgsaussichten als gering einschätzt. Eine Eskalation des bewaffneten Widerstands hingegen könnte Israel, so seine Warnung, **„den Vorwand liefern, wieder eine großangelegte Vertreibung von Arabern durchzuziehen."**

Sein Engagement für die palästinensische Sache – sowohl in seinem wissenschaftlichen Werk als auch innerhalb der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft – war die konsequente Fortsetzung seiner politischen Überzeugungen und Ausdruck seines geradlinigen Charakters. Im Vorwort eines seiner Bücher bekannte er sich mit den Worten Goethes zu dieser Haltung: **„Aufrichtig zu sein, kann ich versprechen, unparteiisch zu sein, aber nicht."**

Kenneth M. Lewan wurde 1925 in Chicago geboren. Als Soldat der US-Armee erlitt er im Zweiten Weltkrieg schwere Verwundungen, deren lebenslange Folgen, die er selbst mit den Worten **„shell shocked"** beschrieb, ihn nachhaltig prägten. Er studierte Politikwissenschaft und Jura an der Harvard University, promovierte in München, arbeitete als Rechtsanwalt und juristischer Berater amerikanischer Ministerien sowie des Kongresses und lehrte später Völkerrecht und Politikwissenschaft an Universitäten in New York, Indiana, Berlin, Tübingen und München, zuletzt bis zu seiner Emeritierung an der Fachhochschule Hagen.

Mit seinem 1993 erschienenen Buch *Ist Israel Südafrika?* greift Lewan bewusst ein politisches Tabuthema auf. Bereits der Vergleich Israels mit dem südafrikanischen Apartheidstaat galt damals wie heute als Provokation. Sein Fazit lautet: **„Es wäre durchaus angebracht, von Südafrika und Israel als Herrenvolkdemokratien zu sprechen: Südafrika ist (noch) der Staat der Weißen, wie Israel der Staat der Juden ist."**



FOTO // WILTRUD RÖSCH-METZLER

Mauer bei Qalqiliya im Norden des Westjordanlandes
Den größten Teil des Verlaufs der Mauer sowie die damit verbundenen Landenteignungen hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag für völkerrechtswidrig erklärt.

Aus dieser Perspektive übt Lewan erneut scharfe Kritik an der deutschen Nahostpolitik und insbesondere an den aus seiner Sicht widersprüchlichen Stellungnahmen des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Was gegenüber dem Apartheidregime in Südafrika verurteilt worden sei, werde im Fall Israels legitimiert oder beschönigt. Darin erkennt er ein Grundmuster deutscher Nahostpolitik und Medienberichterstattung: Während Südafrika wegen seiner Unterdrückungspolitik international geächtet und mit Sanktionen belegt worden sei, genieße Israel trotz vergleichbarer Vorwürfe politische Rückendeckung und bleibe weitgehend von Konsequenzen verschont. Diese These untermauert Lewan mit einer vergleichenden Analyse der Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung,* der *Süddeutschen Zeitung* und der *ZEIT* über den Soweto-Aufstand von 1976 und den Beginn der ersten Intifada 1987.

Im Jahr 2003 veröffentlichten Kenneth und Hannelore Lewan das Schauspiel *Der Außenminister – Sühne oder Schuld.* Das als tragisch-satirisches Schlüsselstück angelegte Werk arbeitet mit Figuren der Zeitgeschichte, die – ganz im Sinne der klassischen Persiflage – „bis zur Kenntlichkeit entstellt" sind. Gerade diese Verfremdung verleiht seiner politischen Aussage besondere Schärfe.
Vor dem Hintergrund der Gewalt des sogenannten Nahostkonflikts erscheint die deutsche Außenpolitik als faktische Komplizin der israelischen Unterdrückungspolitik. Während ein palästinensischer Junge von einem israelischen Soldaten erschossen wird, rechtfertigt der deutsche Außenminister seine Haltung mit der historischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust: **„Was zwischen Juden und Arabern vorgeht, müssen wir Deutsche aus dem Blickwinkel von Ausschwitz sehen."** Die Bundestagsabgeordnete Frau Hanebüchen bekräftigt dies mit den stereotypen Worten: **„Tag und Nacht erheben wir unsere Stimme gegen Antisemitismus und Antizionismus."**

Mit seiner unbeirrbaren Haltung in Sachen Palästina blieb Kenneth Lewan in der bundesdeutschen Publizistik zeitlebens eine Außenseiterfigur. Seine Bücher erschienen überwiegend in kleineren Verlagen und fanden nur begrenzte öffentliche Resonanz. Auch sein Schauspiel *Der Außenminister – Sühne oder Schuld* wartet bis heute auf eine deutschsprachige Bühneninszenierung.

In seinem Nachruf auf den am 7. Oktober 2012 verstorbenen Kenneth Lewan schrieb Ludwig Watzal: **„Kenneth Lewans geradlinige und unabhängige Meinung wird in Zukunft fehlen. Vielleicht haben andere den Mut, in seine Fußstapfen zu treten."**
Dieser Wunsch hat sich inzwischen zumindest ansatzweise erfüllt. Zu denjenigen, die Lewans kritische Analyse der deutschen Nahostpolitik aufgreifen und weiterführen, gehört unter anderem Fabian Goldmann, der in einer empirisch fundierten Untersuchung das weitgehende Schweigen deutscher Leitmedien zum Genozid in Gaza analysiert. Zugleich sind weltweit neue Netzwerke der Palästina-Solidarität entstanden – mit Protestcamps an Universitäten, Großdemonstrationen und Hafenblockaden gegen Waffenlieferungen an Israel.

Obwohl sich die Haltung der politischen und in weiten Teilen auch medialen Elite Deutschlands gegenüber Palästina weiter verhärtet hat, spricht sich nach aktuellen Meinungsumfragen eine Mehrheit der Bundesbürger gegen den Kurs der Bundesregierung aus und befürwortet die Anerkennung eines Staates Palästina.
Kenneth Lewan setzte sich zeitlebens für die Rechte des palästinensischen Volkes ein und litt unter dessen oft aussichtslos erscheinender Lage. Sein wissenschaftliches Werk war von dem Bemühen gekennzeichnet, politische Entwicklungen auf der Grundlage des Völkerrechts und historischer Erfahrung kritisch zu analysieren. Dabei blieb er seinen Überzeugungen ebenso treu wie dem Anspruch auf wissenschaftliche Sorgfalt und Differenziertheit. Seine intellektuelle und persönliche Redlichkeit sowie seine Unabhängigkeit prägten sein gesamtes Wirken. Gerade diese Haltung verleiht seinem Werk bis heute politische Aktualität und bleibende Relevanz.

ANTON-GÜNTHER JANSSEN



Hintergründe zum Antrag Palästinas auf Vollmitgliedschaft in der UNO

Rede von Botschafter Salah Abdel Schafi aus Berlin auf der DPG-Fachtagung 2012

Die DPG unterstützte von Anfang an das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, dessen politische Vertretung PLO/Autonomiebehörde einen Staat Palästina in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten.forcierte. In seiner Rede bei der DPG bekräftigte Botschafter Salah Abdel Schafi den Anspruch auf den Staat Palästina.

Der Antrag Palästinas auf die Aufnahme in die Vereinten Nationen (UNO), der u. a. von den Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Israel und Deutschland abgelehnt wurde, betrifft lediglich die Mitgliedschaft Palästinas in der Weltorganisation. Tatsächlich haben 130 Länder Palästina seit langem anerkannt. So ist dieser Antrag die logische Konsequenz eines weltweiten Prozesses. Zu den politischen Gründen dieses Antrages zählten die vielen Initiativen des Friedensprozesses sowie die einst bekundete israelische Formel „Land für Frieden".

Die verfolgte Strategie ist gescheitert, da die Asymmetrie zwischen Israel und Palästina in allen denkbaren Bereichen keine Möglichkeit zulässt, auf „Augenhöhe" Gespräche zu führen, geschweige denn Vereinbarungen umzusetzen. Bekanntlich war das Ziel der Friedensverhandlungen die gegenseitige Anerkennung von zwei Staaten. Stattdessen wird das palästinensische Territorium kontinuierlich durch die aggressive Expansion Israels immer kleiner, so dass das Scheitern der Vision von einem unabhängigen Staat Palästina vorprogrammiert ist.

Die Weltgemeinschaft, die sich für die Schaffung eines palästinensischen Staates auf der Basis der Grenzen von 1967 ausgesprochen hat, ist nun gefordert, in diese Richtung zu vermitteln. Alle bringen uns Palästinensern Verständnis entgegen, aber keine Ergebnisse. Deshalb muss das Problem wieder dorthin gebracht werden, wo es einst entstanden ist, also vor die UNO, die 1947 lediglich eine Lösung für Israel hatte. Die Situation vor Ort ist katastrophal. Alle israelischen Regierungen haben bisher den Siedlungsbau und eine Politik der Unumkehrbarkeit betrieben.

Im internationalen Recht gibt es drei Kennzeichen für die Souveränität eines Staates: Land, Volk und Regierung. Die völkerrechtliche Anerkennung eines Staates erfolgt durch eine gegenseitige bilaterale Deklaration und nicht durch die UNO. Zurzeit unterhält die Autonomiebehörde diplomatische Beziehungen zu mehr als neunzig Staaten, die die besetzten Gebiete als Bestandteil des Staates Palästina betrachten. Der UNO-Antrag hat das Ziel, die Zwei-Staaten-Lösung zu retten, die Besetzung und die ethnische Säuberung zu beenden, die palästinensische Souveränität zu bestätigen und in Palästina das Völkerrecht umzusetzen. Der politische Widerstand gegen Besatzung ist legitim und legal.

Nach dem UNO-Antrag vom 23.9.2011, gab es eine Regelung durch das Nahost-Quartett und eine Verpflichtung für Israelis und Palästinenser, innerhalb von drei Monaten zu verhandeln und die eigenen Forderungen an die jeweilige andere Seite zu formulieren. Während die Palästinenser ihre **„Hausaufgaben"** verabredungsgemäß erledigten, hat Israel den vereinbarten „Siedlungsbau-Stopp" dieser Zeit nicht einmal gestoppt, weder Fragen beantwortet noch Forderungen formuliert. Hier hat Israel eklatant gegen die Vereinbarung, und schon wieder ohne Folgen, verstoßen.

Trotzdem stellt sich die zentrale Frage nach einer Befriedung des Konfliktes. Unserer Meinung nach kann man nicht so weiter machen und tatenlos warten, bis Jerusalem vollkommen **„judaisiert"** und unser Land zerstückelt wird. Botschafter und Außenpolitiker fordern vergeblich von ihren Regierungen praktische Maßnahmen gegen den Staat Israel, der sich weigert, UN-Resolutionen umzusetzen oder Verabredungen einzuhalten. Aus all diesen Gründen müssen wir die Zwei-Staaten-Lösung verfolgen, weil wir uns nur in einem eigenen Staat Palästina gegen Diskriminierung und die herrschende Apartheid schützen können. Zum Verwirklichen dieses Ziels sind alle Mittel des Widerstandes denkbar und legal. Der Widerstand ist angesagt, und zwar durch den zivilen Ungehorsam. Israel ist es selbstverständlich lieber, wenn wir zur Gewalt greifen, aber das ist nicht unser Weg. Israel arbeitet auf Zeit und lenkt das Weltinteresse auf Iran, nutzt die Selbstbeschäftigung der arabischen Staaten mit ihren inneren Umbrüchen aus und wartet die Wahlen in den USA gelassen ab.

Unser UNO-Antrag ist zurückgestellt, nicht abgelehnt worden. Unsere Strategie bleibt: Wir wollen einen unabhängigen Staat Palästina

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) verwaltet die von ihr kontrollierten Gebiete im Prinzip für Israel als Besatzungsmacht, die hierfür keine Verantwortung übernimmt. Die Finanzierung erfolgt durch großzügige Zuwendungen aus der Europäischen Union und befreundeten Staaten. Europäischen Botschafter und internationale Beobachter kritisieren die Vorgehensweise der israelischen Regierung gegenüber der palästinensischen Zivilbevölkerung, verurteilen die Siedlungspolitik und sprechen von einer gezielten ethnischen Säuberung. Die Palästinenser wünschen sich noch mehr Einsatz von der EU, damit sie eine stärkere politische Rolle erhält, um von „Payer" zum „Player" zu werden. Die EU sollte im eigenen Interesse darauf achten, was mit den gewährten Finanzmitteln geschieht, sollte einen stärkeren wirtschaftlichen Einfluss auf Israel ausüben und das Assoziationsabkommen mit Israel überdenken.

Fakt ist, dass Israel sich über das internationale Völkerrecht stellt. Wer die israelischen Machenschaften ignoriert, macht sich mitschuldig. Niemand kann sich damit herausreden, nichts gewusst zu haben. Palästinenser und Israelis sitzen im selben Boot. Sie sind beide dazu verpflichtet, an einer gemeinsamen Lösung zu arbeiten. Wir sind hierzu bereit!

Zusammengefasst von Nazih Musharbash



FOTO // UM-PHOTO.ART



AKTIV IN DER DPG

Bereicherung für meine eigene Perspektive

Mein Weg in der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft begann im Jahr 2000. Wenn ich heute auf dieses Vierteljahrhundert zurückblicke, sind es vor allem die menschlichen Begegnungen, die mein Engagement geprägt haben.

Besonders lebendig sind die Erinnerungen an unsere Jahrestagungen in der Evangelischen Akademie Hofgeismar. Es war eine Zeit des intensiven Austauschs, die mich tief beeindruckt hat. Die Möglichkeit, mit renommierten Persönlichkeiten und Vordenkern wie Mustafa Barghouti, Uri Avnery, Gidon Levy, Felicia Langer, Mitri Raheb, Mohammad Bakri oder Marwan Abado direkt ins Gespräch zu kommen, war nicht nur erfreulich, sondern eine enorme Bereicherung für meine eigene Perspektive auf die Arbeit der DPG.

Doch nicht nur die großen Namen sind geblieben: Es war die unermüdliche Energie zahlreicher Mitglieder, deren Engagement mich über die Jahre hinweg immer wieder neu motiviert hat. Diese gemeinschaftliche Kraft war der Motor für viele Projekte. Ein Herzensprojekt war dabei die publizistische Arbeit: Gemeinsam mit vier Mitstreitern arbeitete ich intensiv an der Erstellung der „Palästina Zeitung". Es kostete viel Kraft, aber auch viel Leidenschaft, bis daraus im Jahr 2010 schließlich das „Palästina Journal" hervorging – ein wichtiger Meilenstein für unsere Öffentlichkeitsarbeit.



Aktuelles DPG-Präsidium *(v.l.n.r.: Ribhi Yousef, Ursula Mindermann, Jules El-Khatib, Ivesa Lübben, Nazih Musharbash)*

Im Jahr 2016 schlug ich ein neues Kapitel auf, als ich in das Präsidium gewählt wurde. Seitdem trage ich die Verantwortung für die Finanzen und die Mitgliederbetreuung. Diese Aufgabe ist oft detailreich und fordernd, aber sie gibt mir die Möglichkeit, das Fundament unserer Gesellschaft stabil zu halten, damit wir uns auch in Zukunft für Gerechtigkeit und Verständigung einsetzen können.

Die Arbeit im Vorstand hat mich gelehrt, dass Ausdauer der Schlüssel ist – sowohl in den Momenten, die niederschmetternd wirken, als auch in jenen, die uns als Gemeinschaft wachsen lassen.

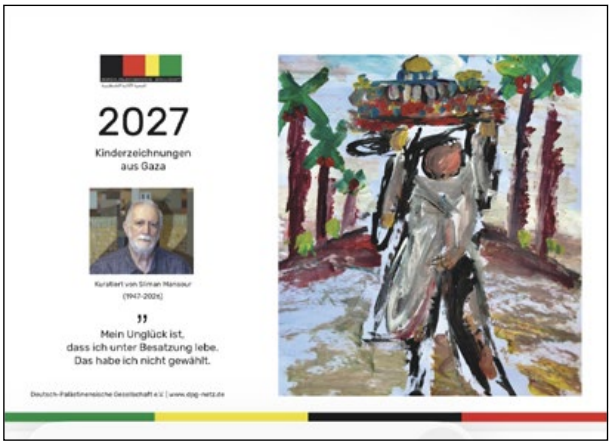
DR. RIBHI YOUSEF
Vizepräsident / Schatzmeister DPG e.V.

Save the Date!

DPG Tagung 2027

16. bis 18. Juli 2027

in Hamminkeln, Niederrhein



DPG TISCHKALENDER 2027
21 cm x 15 cm. 14 Seiten mit Bildern des letzten Projekts von Sliman Mansour: Er kuratierte Kinderzeichnungen aus Gaza. Der Erlös geht an das Projekt von Mansour.
Kosten: 12 €, 15 € (mit Versand), gerne mehr als Spende.
Erhältlich bei: **Mindermann@dpg-netz.de**



MEIN LEBEN IN DREI LÄNDERN
Jordanien, Palästina, Deutschland
Vorwort von Sigmar Gabriel
Palmyra Verlag, Heidelberg,
212 Seiten, 24 €
Autobiografie des DPG-Präsidenten Nazih Musharbash

Freude und Wermutstropfen

Als DPG-Mitglied aus der Gründerzeit und nach unermüdlichem Einsatz in den verschiedensten Vorstandsämtern – noch ohne die Würde des DPG-Ehrenmitglieds – möchte ich Folgendes als – im positiven bzw. negativen Sinne – herausragende Details aus der 40jährigen Geschichte der DPG nennen:

- Freude über die Gründung der Gesellschaft, die aus mehrjährigen informellen Treffen von an Palästina Interessierten hervorging
- die große Anstrengung, als Schatzmeister durch die Freundschaft mit einem großzügigen Sponsor innerhalb nur eines Jahres einen gewaltigen Schuldenberg zu tilgen
- nach einer Nakba-Ausstellung eine harte, aber dann erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Verwaltungsgericht Düsseldorf
- die wunderbare Gastfreundschaft der koptisch-orthodoxen Kirche, ohne die die DPG jetzt seit mehreren Jahren vielleicht keinen Ort für ihre Jahrestagungen hätte.

Da gab es allerdings auch den Wermutstropfen mehrerer Todesfälle unter ehemaligen Vorstandsmitgliedern.

WILLIAM HODALI
DPG-Ehrenmitglied





Auf der richtigen Seite der Geschichte

Seit 2018 gehöre ich dem Präsidium der DPG an. Die Verantwortung, die Positionierung, die mit dieser Aufgabe verbunden ist, wurde mir nach dem 7.10.2023 besonders deutlich gemacht. Der Diskurs in Deutschland änderte sich: Als engagierte Menschenrechtlerin befand ich mich in der Position der Verteidigung, der Rechtfertigung für meine Arbeit. Deshalb war für mich die Verleihung des „Right Livelihood Awards" in Stockholm 2024: besonders einprägsam: Ich begleitete den Preisträger Issa Amro, Menschenrechtler aus Hebron auf dieser großen Veranstaltung. Er sprach in seiner Rede zu denen „on the right side on history / auf der richtigen Seite der Geschichte", was vom Publikum mit großem Applaus honoriert wurde. Engagement für die Menschen und deren Rechte in Palästina wurde im moralischen Wertekompass wieder zurechtgerückt.

Als Vizepräsidentin setze ich mich auch weiter für einen gerechten Frieden, ein Ende der Besatzung ein und erwarte das – wie die Mehrheit der deutschen Bevölkerung auch – von unseren politischen Gremien.

URSULA MINDERMANN
Vizepräsidentin

Gründung einer Regionalgruppe der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft in Osnabrück

Seit vielen Jahren beschäftigen sich Osnabrücker Friedensgesellschaften in Veranstaltungen und offenen Foren mit der Nahostthematik im Allgemeinen und mit dem Palästinakonflikt im Besonderen. Das Thema Weltfrieden und Friedensforschung hat in der Friedensstadt Osnabrück, in der der Vertrag des Westfälischen Friedens von 1648 geschlossen wurde, eine besondere Rolle.

Für viele Palästinakenner, die bislang passiv an diesen Tagungen teilgenommen hatten, war der Gazakrieg 2008/2009 Anlass für die Initiative, aktiv an der öffentlichen Diskussion mitzuwirken. So wurden bekannte Persönlichkeiten und am Frieden in Palästina interessierte Bürger in und um Osnabrück zu einer Besprechung zur Gründung einer Regionalgruppe der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft eingeladen. Aus Überzeugung, dass eine solche Gruppe die Arbeit in der Friedensstadt bereichern werde, erklärten sich 17 Personen spontan zur Gründung einer solchen Regionalgruppe bereit und traten als Mitglieder in die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft ein. Von besonderer Bedeutung und ein Novum ist die Wahl des renommierten Theologieprofessors Dr. Reinhold Mokrosch als zweiter Vorsitzender in der Regionalgruppe, da er zugleich das gleiche Amt in der AG der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bekleidet.

Mit einem Empfang durch den Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück Boris Pistorius und dem Landrat des Landkreises Osnabrück Manfred Hugo im historischen Friedenssaal und einem Auftaktreferat von Raif Hussein wurde die Regionalgruppe Osnabrück und Umgebung gegründet. Die inzwischen 30 Mitglieder zählende Regionalgruppe hat sich vorgenommen, eine Palästinareise und einen Schüleraustausch für palästinensische und deutsche Schüler zu organisieren. In der relativ kurzen Zeit seit ihrer Gründung kann die RG auf vielfältige Aktivitäten zurückblicken.

Zu den ersten Aktivitäten der DPG Osnabrück zählten ein Protestschreiben an Außenminister Frank-Walter Steinmeier zur Nahostpolitik, eine Podiumsdiskussion zum Thema „Israel-Palästina – Zweistaatenlösung" mit Avi Primor und Dr. Aref Hajjaj in Kooperation mit den Osnabrücker Friedensgesellschaften, eine Friedensdemonstration vor dem Rathaus Osnabrück, eine Erklärung zum Israel-Palästina-Konflikt der Osnabrücker Friedensgesellschaften sowie Informationsveranstaltungen u.a. mit Prof. Dr. Sumaya Farhat Naser in Kooperation mit der Volkshochschule Osnabrück.

NAZIH MUSHARBASH



FOTO // URSULA MINDERMANN

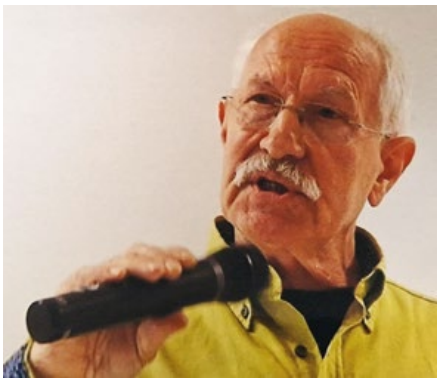
Olivenernte

Das Beispiel Bremen: Geschichte einer regionalen DPG

Mit ein paar palästinensischen und deutschen Freunden haben wir am 13. Februar 1989 die DPG in Bremen gegründet. Wir wussten zu dem Zeitpunkt noch nicht, dass es auf Bundesebene schon eine DPG gab. Im Jahre 2010 hat sich die DPG-Bremen der bundesweiten DPG angeschlossen. 2017 wurde ich in das Präsidium der DPG auf Bundesebene gewählt.

Nach einer Reise der Landeszentrale für politische Bildung Bremen wollten wir etwas für die Palästinenser tun, über Geschichte und Kultur Palästinas aufklären und Hilfsprojekte organisieren. Vor der Vereinsgründung beriet ich mich mit meinem Freund und Reisegefährten Wolfgang Klatt und mit Bürgermeister Hans Koschnik, der damals auch Bundesvorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft war, was ein solches Engagement für





uns als Bürgerschaftsabgeordnete bedeuten würde. Koschnik formulierte es so: **„Karriere macht ihr damit nicht“**.

Am Anfang war der Gründungsprozess chaotisch. Wir schafften es, zunächst alle Begehrlichkeiten abzuwehren und einen soliden Vorstand gleichberechtigt aus Deutschen und Palästinensern auf der Basis der Satzung zu wählen. Schon früh haben wir engagierte jüdische Kritiker der israelischen Besatzungspolitik eingeladen, wie zum Beispiel Gidion Spiro, ein ehemaliger Oberst der israelischen Fallschirmtruppen, der seinen Militärdienst nach Einsätzen in den besetzten Gebieten quittierte. Ebenso Uri Avnery, Journalist und Knesset-Abgeordneter, sowie Felicia Langer, die israelische Menschenrechtsanwältin, Friedensaktivistin und Trägerin des alternativen Nobelpreises.

Bis jetzt haben wir mehrere Hundert Vortragsveranstaltungen durchgeführt. Es gelang uns den Bremer Senat zu überzeugen, Abdallah Frangi offiziell zu empfangen. Dies geschah in der Ständigen Vertretung Bremens in Bonn.

Eine erste große öffentliche Auseinandersetzung gab es beim Versuch, eine Ausstellung des bekannten palästinensischen Malers Ibrahim Hazimeh im Haus der Bremischen Bürgerschaft zu zeigen. Hazimeh war Meisterschüler des renommierten DDR-Malers Bernhard Heisig.

Ein Kooperationsvertrag zwischen der Hochschule Bremen und der Universität Bir Zeit ermöglichte Studentenaustausch und Wissenschaftstransfer. Das Zustandekommen dieses Vertrages hatten wir Wolfgang Klatt, ebenfalls Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft und Schatzmeister der DPG-Bremen und der Professorin Sumaya Farhat Naser zu verdanken. Die Kooperationen litten von Anfang an unter Schikanen der Besatzungsmacht Israel gegen Bir Zeit wie Schließungen und Razzien.

Auch der Versuch der DIG Bremen, eine Veranstaltung des Bremer Autors Arn Strohmeyer zur Vorstellung seines Buches in den Weserterrassen zu verhindern, führte nach einer Sitzung des Vorstandes der Weserterrassen dazu, dass die Veranstaltung im 2. Anlauf stattfinden konnte und die Weserterrassen nach mehrstündiger Beratung im Vorstand eine öffentliche Erklärung abgaben, dass diese Veranstaltung und die DPG-Bremen nichts mit Antisemitismus zu tun haben.
Das größte Projekt, das wir mit Unterstützung des früheren Leiters des Landesamts für Entwicklungszusammenarbeit Gunther Hilliges realisierten, war die Planung und Gründung eines Bauernhofs in Bir Zeit, in Kooperation mit der Professorin Sumaya Farhat Naser.

Die DPG hat von Beginn an eng mit der Bremer Palästinensischen Gemeinde zusammengearbeitet, Feste zusammen gefeiert und Demonstrationen durchgeführt. Die größte Demonstration wurde während des 2. Gazakrieges 2008/2009 auf dem Domshof mit über 1500 Teilnehmern realisiert.

Besondere Aktivitäten erfolgten vor allem über die palästinensischen Vorstandsmitglieder Mounir und Saleh el Sarey. So wurden im 2. Gaza-Krieg verletzte Kinder aus Gaza mit ihren Begleitern im Bremer St. Jürgens-Krankenhaus behandelt. Bürgermeister Dr. Henning Scherf half bei den diplomatischen Schwierigkeiten. Ein weiteres Projekt war die Sammlung von Medikamenten und medizinischen Geräten für palästinensische Flüchtlingslager im Libanon in Verbindung mit dem Verein Orient-Okzident.

Seit dem Genozid in Gaza demonstrieren wir regelmäßig auf der Straße in Bremen. Wir hätten uns nie denken können, dass sich die Situation für die Palästinenser über die Jahre und Jahrzehnte immer weiter verschlechtert und sich aus der Besatzung eine „Ongoing-Nakba“ entwickeln würde, die dahin zielt, auch die besetzten Gebiete Stück für Stück zu annektieren durch tagtägliche Übergriffe radikaler Siedler, Hauszerstörungen, Plantagenzerstörungen und neue illegale Siedlungen auf palästinensischem Grund. Forciert und legitimiert wird dieser Prozess durch die offen formulierten Pläne und Strategien der rechtesten Regierung, die Israel je hatte.

DETLEF GRIESCHE,
DPG-Bremen

Unsere Grundsätze

(Stand Juli 2026)

RECHT DER PALÄSTINENSER AUF NATIONALE SELBSTBESTIMMUNG

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG) ist der Auffassung, dass ein Frieden im Nahen Osten ohne das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und ohne ein Ende der Besatzung nicht möglich ist. Die UN-Charta von 1945 spricht jedem Volk das Recht auf nationale Selbstbestimmung zu. Bis heute wird dieses Recht dem palästinensischen Volk vorenthalten. Im Juli und im September 2024 wurde das Recht der Palästinenser auf bedingungslose Selbstbestimmung noch einmal durch den Internationalen Gerichtshof (IGH) und die UN-Vollversammlung bestätigt. Das Recht auf Selbstbestimmung bedeutet: Erstens das kollektive Recht des palästinensischen Volkes auf einen unabhängigen Staat, in dem es selbst bestimmt in welcher Form, unter welchem Wirtschaftssystem und welcher politischen Ordnung es leben möchte. Zweitens das individuelle Recht jedes Palästinensers und jeder Palästinenserin in Freiheit, Menschenwürde und selbstbestimmt zu leben und seine/ihre Vertreter frei zu wählen. Und drittens müssen bei den Debatten über die Pläne um den Wiederaufbau Gazas und die Zukunft Palästinas zuallererst die Stimmen der Palästinenser gehört und ihr Wille respektiert werden. Die DPG fordert die Bundesregierung auf, in Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung den Staat Palästina anzuerkennen.

BESATZUNG UND KOLONIALISIERUNG

In zwei Gutachten hat der IGH die Besatzung der Westbank, Ostjerusalems und Gazas, den Bau von jüdisch-israelischen Siedlungen sowie der Mauer als Verstoß gegen das Völkerrecht verurteilt (Mauerurteil vom 9. 7. 2004 und Rechtsgutachten vom 19.7. 2024). Der IGH und die UN-VV haben Israel aufgefordert, sich umgehend und vollständig aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, die Siedlungen abzubauen, die Kontrolle über Ressourcen, Infrastruktur und Grenzen aufzugeben und Entschädigungen für den durch die Besatzung entstandenen Schaden zu zahlen. Israel ist dem nicht nachgekommen. Im Gegenteil haben Angriffe durch Siedler und die IDF zugenommen. Im Nationalstaatsgesetz von 2018 hat Israel die Siedlungspolitik sogar zum Staatsziel erklärt.

Die EU und die Bundesregierung haben wiederholt erklärt, dass die besetzten Gebiete nicht Teil des israelischen Staatsgebietes sind. Aber solange den Erklärungen nicht Taten folgen, bleibt dies ein reines Lippenbekenntnis. Die DPG setzt sich deswegen für ein Verbot des Importes von Siedlungsprodukten und deren von der EU geforderten Kennzeichnung, für die Einstellung jeder Art von Kooperationen mit Institutionen in den Siedlungen oder solcher, die in die Siedlungspolitik involviert sind, sowie umfassende Sanktionen gegen Siedler und politische Amtsträger aus den Siedlungen ein.

ANNEXION OST-JERUSALEM

Israel hat 1980 das während des Sechstage-Krieges eroberte Ost-Jerusalem annektiert und zur wiedervereinigten Hauptstadt Israels erklärt. Um den Anspruch zu unterstreichen, hat Israel einen Ring von Siedlungen um die palästinensische Altstadt errichtet. Sowohl die Bundesregierung als auch die UNO und die EU sehen darin eine Verletzung des internationalen Rechts. Diese Meinung wurde im Rechtsgutachten des IGH im Juli 2024 bestätigt. Die DPG begrüßt diese Rechtsauffassung. Sie fordert, dass die Bundesregierung Ostjerusalem als Hauptstadt eines künftigen palästinensischen Staates anerkennt und alle Kooperationen mit israelischen Institutionen im besetzten Teil Jerusalems einstellt.

ISRAELS EXISTENZ

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. stellt die Existenz des Staates Israel in den Grenzen von vor 1967 nicht infrage, hält jedoch die Selbstdefinition Israels als „jüdischer Staat" im Nationalstaatsgesetz von 2018 für höchst problematisch. Dadurch werden die palästinensischen Bürger Israels mit ca.20% Anteil an der Gesamtbevölkerung aus dem nationalen Kollektiv ausgeklammert und zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. „Jüdisch" und „demokratisch" schließt sich aus, wie auch jüdisch-israelische Wissenschaftler, Politiker und Autoren feststellen. Wir wollen stattdessen anerkennen und mitwirken, dass Israel ein demokratischer Staat für alle seiner Bürger wird und fordern die vollständige rechtliche Gleichberechtigung der in Israel lebenden Palästinenser.

RECHT AUF RÜCKKEHR

Die Selbstdefinition Israels als „jüdischer Staat" steht auch im Widerspruch des völkerrechtlich verbrieften Rechts der Palästinenser auf Rückkehr. Während weltweit jeder Jude ein Recht auf israelische Staatsangehörigkeit hat, wird Palästinensern, die 1947/1948 durch Israel vertrieben wurden, die Rückkehr in ihre Heimat verweigert.



FOTO // URSULA MINDERMANN

Friedlicher palästinensischer Protest gegen Hauszerstörungen durch Israel

Israel verstößt damit gegen die UN-Resolution 194, in der die Rückkehr oder eine angemessene Entschädigung der Geflüchteten gefordert wird. Wir möchten daran erinnern, dass die Anerkennung der Resolution 194 die Voraussetzung der Aufnahme Israels in die UNO war.

UNABHÄNGIGER PALÄSTINENSISCHER STAAT

Ziel des israelischen Siedlungsbaus ist die weitere Landnahme palästinensischen Bodens, sowie die systematische Verhinderung der Entstehung eines palästinensischen Staates. Durch den Siedlungsbau wird eine Zwei-Staaten-Lösung ad absurdum geführt. Die DPG unterstützt die UN-Resolution 242 und das Rechtsgutachten des IGH. Sie sehen in der Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den Grenzen von vor 1967, der friedlich an der Seite Israels existiert, die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten.

Inzwischen gibt es Vertreter palästinensischer und israelischer zivilgesellschaftlicher Organisationen, die andere Lösungen fordern. Es ist nicht die Aufgabe der DPG, sondern das Recht der Menschen in der Region – Palästinenser und Israelis – darüber zu befinden, in welcher Form sie langfristig koexistieren wollen. Die DPG sieht jedoch die Voraussetzung einer solchen Lösung in der Realisierung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser in Form einer eigenen unabhängigen staatlichen Vertretung, die die nötige Verhandlungsmacht hat, über zukünftige Formen des Zusammenlebens zu entscheiden. Die DPG unterstützt jede Lösung, die den Bewohnern und Bewohnerinnen in Israel und Palästina gleiche Rechte zugesteht, ob in Form von einem oder zwei Staaten, in Föderation oder Konföderation.

ANTISEMITISMUS

Die DPG wendet sich entschieden gegen jegliche Form des Antisemitismus. Sie legt zugleich Wert auf das Recht, begründete Kritik an der israelischen Vertreibungs- und Besatzungspolitik zu äußern und diese zu kommunizieren. Kritik an der Politik des Staates Israel unter Berufung auf die Antisemitismusdefinition der IHRA oder die deutsche Staatsräson als antijüdisch oder gar als antisemitisch zu bezeichnen, ist unserer Meinung nach selbst eine Form des Antisemitismus, weil sie Juden nur wegen ihres Jüdischseins unabhängig von ihrer Selbstdefinition mit Israel gleichsetzt und potentiell für das Handeln Israels in die Verantwortung nimmt. Die DPG sieht in der Jerusalem Erklärung über Antisemitismus eine alternative Grundlage zu Definition und Bekämpfung von Antisemitismus.

DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHE GESELLSCHAFT UND JÜDISCHE GEMEINDEN

Die DPG tritt öffentlichkeitswirksam für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina ein, für alle Menschen, die dort leben, unabhängig von ihrer Religion und ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Unser Motto lautet: Nicht jeder Jude ist ein Israeli, und nicht jeder Zionist ist ein Jude, und nicht jeder Israeli ist ein Jude oder gar ein Zionist. Dass die jüdischen Gemeinden, vertreten durch den Zentralrat der Juden in Deutschland, stets vorbehaltlos die völkerrechtswidrige Besatzungs- und Enteignungspolitik des Staates Israel unterstützen, ist mehr als bedenklich. Für die DPG sind die Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Deutschland deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens, unabhängig davon, wie sehr sie sich mit der Politik des Staates Israel identifizieren. Die DPG pflegt freundschaftliche Beziehungen zu jüdischen Organisationen, die sich für Frieden im Nahen Osten und ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Palästinensern und Israelis einsetzen.

AUS DER GESCHICHTE LERNEN

Die DPG setzt sich für eine gerechte Erinnerungskultur in Deutschland ein. Der Eingang von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Völkermord“ in das Völkerrecht waren wichtige universelle Errungenschaften. Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen sollten sich nie und nirgends wiederholen. Das „Never again“ der internationalen Genozid Konvention bedeutet „Never again for everybody“. Durch die Erklärung, dass die Sicherheit Israels „deutsche Staatsräson“ sei, wurde dieses Prinzip durch die deutsche Nahostpolitik, die unter Verweis auf die deutsche Vergangenheit Israels Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen legitimiert, pervertiert. Die Schoah, der Genozid an Juden, Roma und Sinti sowie der rassenideologische Vernichtungskrieg der Nazis in Osteuropa verpflichtet Deutschland zu besonderer Sensibilität gegenüber Kriegsverbrechen



und Völkermord unabhängig durch wen und wo sie begangen werden. Wenn die Gründung Israels als Zufluchtsort verfolgter Juden direkte Folge des Holocaust ist, so muss eine ehrliche Erinnerungskultur auch die Nakba, die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat, als Sekundärfolge des Nationalsozialismus in die deutsche Verantwortung einbeziehen.

PATENSCHAFTEN UND SCHÜLERAUSTAUSCH

Die DPG unterstützt alle Städte und Gemeinden in Deutschland, die sich für eine Partnerschaft mit palästinensischen Städten und Gemeinden entschieden haben oder sie anstreben. Auch den Austausch zwischen deutschen und palästinensischen Schulen halten wir für friedensfördernd. Im Gegensatz zum Austausch mit israelischen Schulen gibt es hierfür leider bisher noch keine Fördermittel.

ZIVILER GEWALTFREIER WIDERSTAND

Das israelisch-palästinensische Problem ist ein politisches und kann nach unserer Auffassung nur politisch gelöst werden. Die DPG lehnt alle Bestrebungen religiöser Fanatiker auf beiden Seiten, das Problem durch die politische Instrumentalisierung ihrer Religionen, strikt ab. Die DPG unterstützt einen zivilen gewaltfreien Widerstand in Palästina und hält Formen des zivilen Ungehorsams gegen Besatzung und Entrechtung für das geeignete Mittel, damit das palästinensische Volk sein Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung erlangt. Damit ziviler Widerstand erfolgreich ist, brauchen die Palästinenser die solidarische Unterstützung. Hier stehen auch wir als DPG in der Verantwortung.

Studientagungen

TAGUNGSORT: Koptisch-Orthodoxes Kloster – Höxter/Brenkhausen

2026 Palästina – Im Schatten von Staatsräson und Krieg
mit Katrin Glatz-Brubakk, Salah Khawaja, Hanno Hauenstein, Katja Müller-Fahlbusch, Rana Issazadeh, Lennart Michaelis, Rev. Dr. Munther Isaac, Christoph Resch, Mohammed Al-Hajjar, Prof. Dr. Sabine Broeck, Metej Snehlage

2025 Der Gazakrieg und die Perspektiven für Palästina
Prof. Dr. Kai Ambos, Prof. Dr. Helga Baumgarten, Prof. Dr. Norman Paech, Issa Amro, Prof. Dr. Abed Schokry, Dr. Amir Theilhaber, Daniel Bax

2024 Der Gazakrieg und seine Folgen
Ayda Touma-Suleiman, Prof. Dr. Meron Mendel, Riad Othmann, Dr. Hamdan Taha, Reham Owda, Jules el-Khatib

2023 75 Jahre NAKBA und dann?
Marwan Abado, Dr. Mustafa Bargouthi, Dr. Sarah El Bulbeisi, Gideon Levi, Prof. Dr. Norman Paech, Dr. Viola Raheb, Prof. Dr. Moshe Zuckermann

2022 *Corona bedingt digital*
Palästina in den deutschen Medien
Yassin Musharbash, Paul Krüger, Christoph Schutt, Jörg Lau, Christoph Resch

2021 *Corona bedingt digital*
Die Rolle der palästinensischen Frau
Dr. Khouloud Daibes, Dr. Viola Raheb, Amal Abusrour, Reham Owda, Rima Nazzal, Areej Masoud

2019 Palästina im Fokus der regionalen und internationalen Politik
Gideon Levy, Dr. Mustafa Bargouthi, Hamudeh Faraneh, Marc Frings

2018 70 Jahre NAKBA – Gerechtigkeit für die Palästinenser
Prof. Dr. Moshe Zuckermann, Dr. Mitri Raheb, Prof. Dr. Mahmoud Yazbak, Inge Günther, Issa Amro

TAGUNGSORT: Haus Ohrbeck – Georgsmarienhütte

2017 Fünfzig Jahre verändern – Rückblicke und Perspektiven für Palästina und Israel
Prof. Dr. Udo Steinbach, Na`im Alashab, Dr. Tamar Amar-Dahl, Andreas Zumach

2016 Gewaltfreier Widerstand in Palästina – Zwischen Verantwortung und Verurteilung
Dr. Mustafa Bargouthi, Salah Al-Khawaja, Nazih Musharbash, Abir Kopty, Dr. René Wildangel

2015 Israel, Palästina und die deutsche Staatsräson
Dr. Micong Klimes, Werner Sonne, Dr. Tamar Amar-Dahl, Raif Hussein

2014 Verwurzelt – Christen in Palästina und die Rolle der Kirchen
Rifat Odeh Kassis, Dr. Jamal Khader, Hana Bendcowsky, Matthias Kopp, Susanna Faust, Gerhard Dilschneider

2013 Zukunft gestalten – Zivilgesellschaftliche Perspektiven für Palästina und Israel
Suleiman Abu Dayyeh, Dr. Tal Litvak-Hirsch, Mossi Raz, Dr. Nura Resh, Avital Toch Bar-Haim, Dr. Falk Pingel

2012 Auf Augenhöhe – Palästina und Israel als Partner in der internationalen Völkergemeinschaft
Avi Primor, Salah Abdel Shafi, Gerhard Fulda, Christoph Haverkamp, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering

2011 Zündstoff Wasser – Ressourcen und Umwelt im israelisch-palästinensischen Konflikt
Dr. Amal Hudhud, Nablus, Clemens Messerschmidt, Tsafrir Cohen

DPG-Tagung 2023, *zugeschaltet: Mustafa Barghouti*



TAGUNGSORT: Evangelische Akademie Hofgeismar

2005
Michael Lüders, Tamar Molat-Hayo, Kinan Jäger, Horst Klee, Jeremy Milgrom, Marwan Abado, Mohammad Rabee

2004 Wut und Angst um Palästina
Prof. Dr. Albert Aghazarian, „Hofgeismarer Erklärung zum Mauerbau"

TAGUNGSORT: Evangelische Akademie Thüringen

1999 Deutsche Zugänge zu Palästina: „… immer über Israel?"

TAGUNGSORT: Evangelische Akademie Hofgeismar

1998 Vergeßt Palästina
Prof. Dr. Helga Baumgarten, Prof. Dr. Edward Said, Salim Tamari, Uri Savir, Prof. Dr. Norman Paech, Hania Bitar, Michael Wuliger, Khaled al-Khatib

1997 Bleibt noch Hoffnung für Nahost?
Jamileh Saydem, Dalal Salameh, Houssam Khader, Hermann Gröhe, Dagmar Schmidt, Norbert Noisser, Dr. Ruchama Marton, Prof. Dr. Werner Ruf

1996 Palästina und Israel auf dem Weg zum Frieden – Bleiben die Menschenrechte auf der Strecke
Ludwig Watzal, Daphna Golan, Raja Shehade, Manuel Schiffler, Jörn Böhme, Prof. Dr. Alexander Flores, Riad Khedar, Prof. Dr. Klaus Timm

TAGUNGSORT: Gustav-Stresemann-Institut, Bonn

1996 Zehm Jahre DPG: Was wird aus Palästina? Eine erste Zwischenbilanz
Prof. Dr. Helga Baumgarten, Prof. Dr. Stefan Wild, Prof. Dr. Sumaya Farhat Naser, Prof. Dr. Salim Tamari, Prof. Dr. Alexander Flores, Prof. Dr. Udo Steinbach

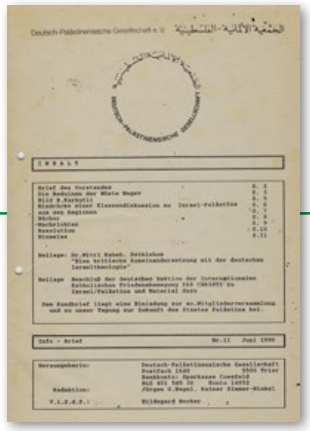
TAGUNGSORT: Evangelische Akademie Tutzing

1995 Jahresversammlung und Seminar: Demokratisierung in Palästina

1988 Seminar - Palästinenser: Leben braucht Zukunft - Akademie Tutzingen

PALÄSTINA JOURNAL

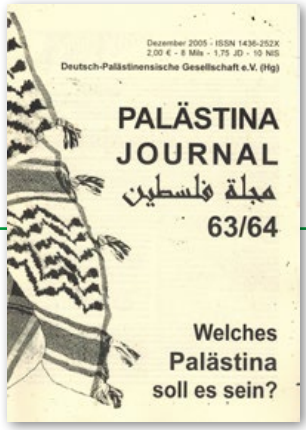
Anfangs wandte sich die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft mit einem Infobrief an ihre Mitglieder und an die Öffentlichkeit. Aus dem Brief wurde das Palästina Journal.



















Heute spielen die digitalen Rundbriefe und die Webseite der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft eine wichtige Rolle für die Kommunikation mit den Mitgliedern und als Angebot an die Öffentlichkeit. **https://dpg-netz.de/**



WEITERE ANGEBOTE: Instagram, facebook, youtube, whatsapp

https://www.instagram.com/dpg_de/ // **https://www.facebook.com/people/Deutsch-Pal%C3%A4stinensische-Gesellschaft-eV/100068098195047/**
https://www.youtube.com/@dpg-netz // **https://www.whatsapp.com/channel/0029VbAtr4e7j6gDv7vo6R34**

Die DPG – eine unverzichtbare Stimme in der deutschen Nahostdebatte

Seit dem 7. Oktober 2023 ist die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft zu einer der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Stimmen in der deutschen Debatte über Israel und Palästina geworden. Während palästinensische Perspektiven in Politik und Medien häufig an den Rand gedrängt oder pauschal unter Verdacht gestellt wurden, hat die DPG beharrlich den Raum genutzt, um auf der Grundlage des Völkerrechts, der Menschenrechte und historischer Zusammenhänge eine differenzierte Sichtweise einzubringen.

Die Mitglieder des Präsidiums sind heute gefragte Gesprächspartner in Zeitungs- und Rundfunkinterviews, Gäste auf Fernsehpodien und Teilnehmer hochrangiger Diskussionsveranstaltungen. Dort vertreten sie die Positionen der DPG zu Krieg und Frieden, Besatzung, Vertreibung, Staatsräson, humanitärem Völkerrecht und den Perspektiven einer gerechten Friedensordnung. Sie diskutieren auf Augenhöhe mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Medien und Kultur – darunter Kai Ambos, Meron Mendel, Omri Böhm, Emilia Roig, Deborah Feldmann, Karolin Emcke, Tilo Jung, Guido Steinberg, Sophie von der Tann, Daniel Gerlach, Jouanna Hassoun und Shai Hoffmann, Lena Gorelik, Myriam Schellbach, Hadija Haruna-Oelker, Moshe Zuckermann und Gideon Levy ebenso wie Volker Beck, Arye Sharuz Shalicar und Armin Laschet.

Diese Begegnungen zeigen: Die DPG ist längst nicht mehr nur Beobachterin der öffentlichen Debatte, sondern gestaltet sie aktiv mit. Ihre Positionen werden gehört – auch dort, wo sie Widerspruch auslösen. Gerade das ist Ausdruck einer lebendigen demokratischen Auseinandersetzung.

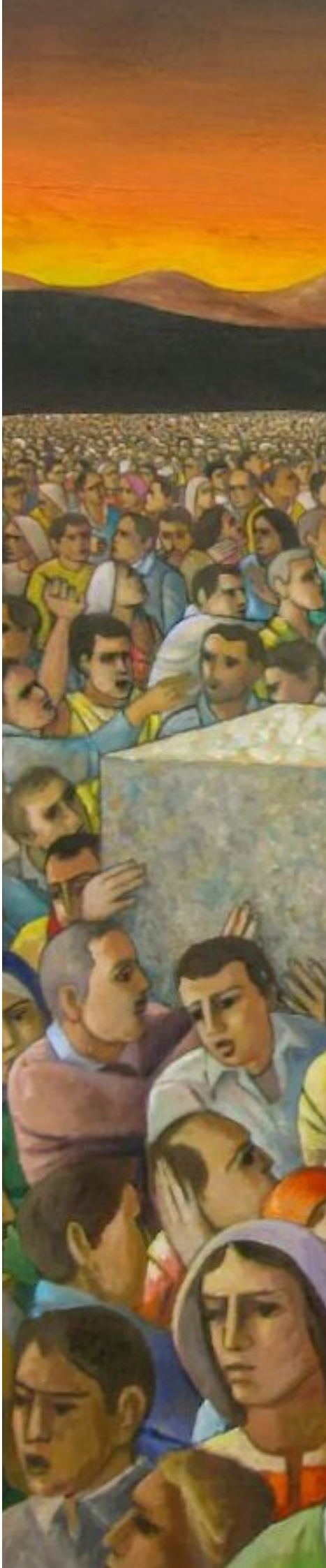
Das Interview von Jung & Naiv mit mir im Oktober 2023 wurde inzwischen mehr als 200.000 mal aufgerufen. Hinzu kamen drei Auftritte in der phoenix runde, zahlreiche Interviews in Rundfunk und überregionalen Zeitungen sowie die Teilnahme unseres Vizepräsidenten Jules El-Khatib bei Hart aber fair. Diese mediale Präsenz hat die DPG bundesweit als kompetente und glaubwürdige Ansprechpartnerin etabliert.
Im Jahr 2025 habe ich insgesamt 167 Vorträge, Interviews und Podiumsdiskussionen absolviert. Hinter dieser Zahl steht nicht nur persönliches Engagement, sondern das wachsende Bedürfnis vieler Menschen nach fundierter Information jenseits einseitigen Narrativen.

Dennoch bleibt unser Anspruch größer. Es genügt nicht, gehört zu werden. Die Erkenntnisse des Völkerrechts dürfen nicht selektiv angewandt werden, und Menschenrechte dürfen nicht vom politischen Kontext abhängen. Deutschland wird seiner besonderen historischen Verantwortung nur dann gerecht, wenn es sich gleichermaßen für die Sicherheit Israels, die Freiheit und Selbstbestimmung der Palästinenser sowie für die universelle Geltung des Völkerrechts einsetzt.

Die DPG wird deshalb auch künftig ihre Stimme erheben – unabhängig, sachlich und beharrlich. Sie wird Widersprüche benennen, Fehlentwicklungen kritisieren und dort widersprechen, wo doppelte Maßstäbe das Vertrauen in den Rechtsstaat und die internationale Ordnung untergraben. Eine demokratische Gesellschaft braucht den offenen Diskurs. Die DPG wird weiterhin dazu beitragen, dass auch die palästinensische Perspektive ihren legitimen Platz in dieser Debatte behält.

Die DPG versteht sich nicht als Lobby für eine Seite des Konflikts, sondern als Stimme für das Völkerrecht, die Menschenwürde und einen gerechten Frieden. Gerade deshalb wird ihre Arbeit heute mehr gebraucht denn je.

NAZIH MUSHARBASH
Präsident der DPG





„RITUALS UNDER OCCUPATION“, (1989)
SLIMAN MANSOUR

محمود درويش

MAHMOUD DARWISCH

Personalausweis

Schreib's auf!
Ich bin Araber
Ausweisnummer fünfzigtausend
acht Kinder
das neunte … es kommt
nach dem Sommer!
Macht dich das zornig?
Schreib auf!

Ich bin Araber
ich placke mich ab wie meine
Gefährten im Steinbruch,
ich habe acht Kinder,
für sie zieh ich das
Stückchen Brot
Hefte und Kleider
aus dem Stein:
Ich bettele nicht um
Almosen vor deiner Tür
und mach mich nicht klein
auf deiner Schwelle
Macht dich das zornig?

Schreib's auf!
Ich bin Araber,
ich habe einen Namen ohne Titel,
ich bin geduldig in einem Land,
wo jeder schon vor Zorn entbrannt.

Meine Wurzeln ...
Sie wuchsen fest noch vor der Zeit,
vor Ablauf der Zeitalter,
noch bevor man das Gras abgeweidet.
Mein Vater ... er stammt von Fellachen,
nein, nicht von noblen Herrn,
und mein Großvater war Bauer
ohne Besitz ... und ohne Ahnentafel!
Mich hat er die Größe der Sonne gelehrt
noch vor dem Lesen.
Mein Haus ist eine Hütte
aus Schilfrohr und Pfählen.
Würde dir meine Wohnung gefallen?
Ich habe einen Namen ohne Titel!

Schreib's auf!
Ich bin Araber,
ich habe schwarzes Haar
und blaue Augen.
Mich erkennt man:
am Kopfband
über der Kufieh
und meine Hände sind
hart wie Stein..
Wer sie anfasst,
trägt eine Spur davon.

Meine Anschrift:
Ich wohne in
einem abgelegenen ...
vergessenen Dorf.
Die Straßen haben
keinen Namen dort
Und alle Männer ... sind
auf dem Feld und im Steinbruch.
Macht dich das zornig?

Schreib's auf!
Ich bin Araber.
Du hast die Weinberge
meiner Großväter geraubt
Und das Land, das ich bebaut,
ich und alle meine Kinder.
Du hast uns ... und meinen Enkeln
nichts gelassen außer dieser Steine ...
Wird auch sie uns ... wie man sagt
... deine Regierung nehmen?

Also!
Schreib's auf ...
oben auf der ersten Seite:
Ich hasse die Menschen nicht
und herrsche über andre nicht,
aber ... wenn ich Hunger leide,
werde ich das Fleisch
meiner Peiniger essen.
Vorsicht ... Vorsicht ... vor meinem Hunger
und vor meinem Zorn !!

MAHMOUD DARWISCH *(1964)*

Portrait von Mahmoud Darwisch ZEICHNUNG // Waleed Ayyoub PAPIERSTRUKTUR // stock.adobe.com/daboost